

Niederschrift RAT/006/2010

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Rates der Stadt Rheine
am 13.07.2010

Die heutige Sitzung des Rates der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder

Bürgermeisterin

Mitglieder des Rates:

Herr Antonio Berardis	SPD	Ratsmitglied
Herr Udo Bonk	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Manfred Brinkmann	CDU	Ratsmitglied
Herr Horst Dewenter	CDU	Ratsmitglied
Frau Peggy Fehrmann	SPD	Anwesend ab TOP 7, 17:45 Uhr
Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied
Herr Robert Grawe	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Heinrich Hagemeyer	CDU	Ratsmitglied
Herr Johannes Havers	CDU	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Frank Hemelt	SPD	Ratsmitglied
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Christian Kaisal	CDU	Ratsmitglied
Herr Bernhard Kleene	SPD	Ratsmitglied
Herr Hermann-Josef Kohnen	CDU	Ratsmitglied
Frau Hannelore Koschin	SPD	Ratsmitglied

Herr Christoph Kotte	CDU	Ratsmitglied
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied
Frau Elisabeth Lietmeyer	SPD	Ratsmitglied
Herr Günter Löcken	SPD	Ratsmitglied
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Herr Bernd Lunkwitz	FDP	Ratsmitglied
Frau Birgit Marji	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Herr Siegfried Mau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Jörg Niehoff	FDP	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Thomas Oechtering	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	fraktionslos	Ratsmitglied
Frau Theresia Overesch	CDU	Anwesend bis TOP 19, 20:30 Uhr
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Eckhard Roloff	SPD	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Frau Ulrike Stockel	SPD	Ratsmitglied
Herr Friedrich Theismann	CDU	Ratsmitglied
Herr Falk Toczkowski	SPD	Ratsmitglied
Herr Johannes Willems	FDP	Ratsmitglied
Herr Josef Wilp	CDU	Ratsmitglied
Frau Waltraud Wunder	SPD	Ratsmitglied

Gäste:

Herr Raimund Hötker	Anwesend bis TOP 13, 19:40 Uhr
Herr Dr. Manfred Janssen	Anwesend bis TOP 19, 20:30 Uhr

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann	Erster Beigeordneter
Frau Ute Ehrenberg	Beigeordnete
Herr Werner Lütke-meier	Kämmerer
Herr Heinz Hermeling	Fachbereichsleiter FB 7

Herr Michael Kramer	Anwesend bis TOP 14, 20:10 Uhr
Herr Dr. Thorben Winter	Anwesend bis TOP 8, 19:30 Uhr
Frau Ursula Hartmann	Anwesend bis TOP 11, 19:35 Uhr
Frau Monika Hoelzel	Gleichstellungsbeauf- tragte
Frau Florentine Kühs-Sandmann	Anwesend bis TOP 7, 18:25 Uhr
Herr Günter Strauch	Projektmanagement
Frau Michaela Hövelmann	Stellv. Pressesprecherin
Frau Julia Kersting	Stellv. Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder des Rates:

Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied
-------------------	-----	--------------

Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Rates der Stadt Rheine, entschuldigt Herrn Azevedo und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 5 über die öffentliche Sitzung am 18.05.2010

I - 0:02:53

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 18.05.2010 gefassten Beschlüsse

I – 0:03:12

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Rates ausgeführt worden seien.

Herr Niehues erklärt, dass er sich eine Information zu der Thematik „Stellenplan“ und dem Beschluss der KW-Vermerke gewünscht hätte. In der letzten Sitzung sei gesagt worden, dass diese Thematik rechtlich überprüft werden sollte. Er gehe davon aus, dass die rechtliche Überprüfung ergeben habe, dass die Beschlüsse rechtswirksam gewesen seien.

Frau Dr. Kordfelder stellt klar, dass gesagt worden sei, dass in der Strategie- und Finanzkommission darüber weiter gesprochen werde. Das Thema sei in der Kommission abgearbeitet worden. Die KW-Vermerke würden bestehen bleiben, eine weitere Sitzung dazu werde im August stattfinden. In der gestrigen Fraktionsvorsitzendenbesprechung sei über die Konsequenzen der KW-Vermerke gesprochen worden; zum einen über die Konsequenz der frei werdenden Stelle des Fachbereichsleiters für Jugend, Familie und Soziales und zum anderen der Wegfall einer Stelle für eine Jahrespraktikantin. Der gefasste Beschluss sei nicht zu beanstanden, es gehe lediglich um die Tiefe des Mitgestaltungsrechtes des Rates. Frau Dr. Kordfelder ergänzt, dass der Beschluss mit den 33 KW-Vermerken im Zusammenhang mit der Anzeige des Haushaltes an den Landrat weitergegeben worden sei.

3. Informationen

3.1. Antrag des Stadtteilbeirates Dutum/Dorenkamp zur Verkehrssituation im Stadtteil

I – 00:06:12

Frau Dr. Kordfelder teilt mit, dass der für Eingaben an den Rat der Stadt bzw. für Anträge der Stadtteilbeiräte zuständige Haupt- und Finanzausschuss vor den Sommerferien nicht mehr tagen werde. Der folgende Antrag des Stadtteilbeirates Dutum/Dorenkamp vom 21. Juni 2010 werde daher in der heutigen Ratssitzung vorgetragen:

An der Einmündung Sprickmannstraße kommt es u. a. durch kreuzende Schüler(innen) immer wieder zu gefährlichen Situationen. Der Stadtteilbeirat Dutum/Dorenkamp beantragt, einen kreuzungsnahen Zebrastreifen einzurichten. Im Kreuzungsbereich Beethovenstraße/Breite Straße/Im Sundern kommt es durch erhöhtes Verkehrsaufkommen der Neuen Mitte Dorenkamp und dem Sonderpostenmarkt zu verkehrsgefährdenden Situationen. Der Stadtteilbeirat beantragt, an dieser Kreuzung die Einrichtung eines Kreisverkehrs. Der Stadtteilbeirat beantragt an der Eckenerstraße (Höhe Josefshaus) die Verkehrssituation zu untersuchen, da Lkw und Pkw die Straße als Ausweichstrecke nutzen.

Der Rat verweist den Antrag zur Beratung an den Arbeitskreis Verkehr.

3.2. Haushaltsplan 2010 steht zur Verfügung

I – 0:07:45

Herr Lütkemeier informiert, dass ab heute der Haushaltsplan 2010 im Ratsinformationssystem und im Internet zur Verfügung stehe. Die erforderliche Genehmigung zum Haushalt 2010 sei bei der Aufsichtsbehörde beantragt und werde frühestens in etwa 6 Wochen zu erwarten sein.

4. Bestellung eines neuen stellvertretenden Vorsitzenden für den Sportausschuss Vorlage: 363/10

I – 0:08:08

Herr Roscher verweist auf die Vorlage.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt zur Kenntnis, dass die SPD-Fraktion Herrn Falk Tockowski zum 1. stellvertretenden Vorsitzenden und Herrn Eckhard Roloff zum 2. stellvertretenden Vorsitzenden des Sportausschusses der Stadt Rheine benennt.

5. Änderung in der Besetzung verschiedener Ausschüsse - Empfehlungsbeschluss des Familienbeirates vom 16. Juni 2010 Vorlage: 370/10

I – 0:08:44

Beschluss:

Die Ratsmitglieder beschließen auf Empfehlung des Familienbeirates die nachfolgenden Änderungen in der Besetzung folgender Ausschüsse:

Jugendhilfeausschuss

Sachkundiger Einwohner

Frau
Paege, Ulrike
Ruhrstraße 11 b
48431 Rheine

Vertreterin

Frau
Tiekötter, Bärbel
Salzbergener Straße 68 a
48431 Rheine

Sozialausschuss

Sachkundiger Einwohner

Herr
Zimoch, Holger
Klosterstraße 19
48431 Rheine

Vertreter

Herr
Annas, Heinrich
Devesburgstraße 15
48431 Rheine

Schulausschuss

Sachkundiger Einwohner

Herr
Kraft, Manfred
Lindvennweg 47
48432 Rheine

Vertreter

Herr
Fruhner, Michael
Rapunzelweg 7
48431 Rheine

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Wechsel der Trägerschaft der Berufskollegs der Stadt Rheine Vorlage: 367/10

I – 0:09:31

Frau Ehrenberg erläutert, dass die Verwaltung in der Ratssitzung am 18. Mai beauftragt worden sei, ein Gespräch mit der Bezirksregierung Münster über einen vorübergehenden Wechsel der Trägerschaft des Berufskollegs zum Kreis Steinfurt zu führen. Das Ziel dieses Gespräches sei, dass die Trägerschaft wieder zurück übertragen werden solle, sobald sich die finanziellen Umstände zugunsten der Stadt Rheine geändert hätten. Dieses Gespräch habe am 14. Juni bei der Bezirksregierung Münster stattgefunden. Diese habe dem Verfahren zugestimmt, insbesondere aus schulfachlichen Gesichtspunkten. Es werde derzeit noch auf ein Schreiben der Bezirksregierung gewartet, ob auch die Rückübertragung möglich sei. Daher sei der Beschlussvorschlag unter Vorbehalt zu sehen, und sobald diese Bestätigung der Bezirksregierung vorliege, könne dann entsprechend verfahren werden. Frau Ehrenberg ergänzt, dass, sobald eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Kreis Steinfurt getroffen werde, diese im Amtsblatt veröffentlicht werde.

Herr Wilp macht deutlich, dass es bei der finanziellen Situation keine andere Chance gebe. Ihm falle es schwer, diesen Schritt zu gehen.

Herr Roscher weist darauf hin, dass die angesprochenen finanziellen Veränderungen bei Schlüsselzuweisungen zum Kreis oder zur Stadt Faktoren seien, warum es jetzt günstig sei, unter der Haushaltssituation die Trägerschaft zu wechseln. Die SPD-Fraktion begrüße auch, dass sich die Rückübertragung der Schulträgerschaft nach einer separat zu verhandelnden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung richte. Herr Roscher weist ausdrücklich darauf hin, dass nach der Einschätzung der SPD-Fraktion die sehr gute Arbeit der Kollegien und der Schulleitung der wesentliche Faktor für die Vernetzung mit der Wirtschaft und die Einrichtung von entsprechenden Ausbildungsgängen sei, sodass durch den Trägerwechsel keine negativen Auswirkungen für die Schullandschaft zu erwarten seien.

Frau Dr. Kordfelder erklärt, dass sie sich ihrer Stimme enthalten werde. Im Vorfeld habe die Verwaltung eindringlich die monetären Auswirkungen einer Interimslösung deutlich gemacht. Auf die finanzielle Lage der Stadt und welche Lösungen sich aus Sicht der Verwaltung hier ergeben könnten, die nicht zum Schaden der Stadt seien, sei hingewiesen worden. Frau Dr. Kordfelder widerspricht ausdrücklich den Erklärungen von Herrn Wilp aus der letzten Sitzung, dass bei

einer Trägerschaft des Kreises die Aktivitäten des Berufskollegs nicht mehr mit den örtlichen und überörtlichen Akteuren verzahnt werden könnten. Frau Dr. Kordfelder erklärt, dass ihre Meinung mit der des Landrates korrespondiere. Frau Dr. Kordfelder verweist auf die Vorlage 246/10 vom 18. Mai 2010, in der der Vorschlag zur Kreisübertragung gemacht worden sei. Sie macht deutlich, dass es lediglich um eine Immobilienübertragung gehe. Die Verwaltung spreche sich für eine endgültige Übertragung aus.

Herr Niehues widerspricht der Aussage von Frau Dr. Kordfelder und erläutert, dass die monetären Voraussetzungen bei der vorübergehenden Trägerschaft auf den Kreis Steinfurt nicht anders seien als bei der endgültigen Trägerschaft. Anders wäre es, wenn man auf einen Kaufpreis bestehen würde. Dieses Geld würde dann nicht dem Haushalt zur Verfügung stehen, sondern zur Rückführung von bestehenden Krediten genutzt werden. Die Auswirkungen auf den Haushalt seien bei dieser Situation die gleichen.

Herr Holtel hält fest, dass angesichts der finanziellen Situation der Stadt Rheine der Tagesordnungspunkt auf den Prüfstand gestellt werden müsse. Die FDP-Fraktion möchte sichergestellt haben, dass die Schulpauschale nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz voll ausgeschöpft werde. Um dieses Ziel zu erreichen, sei ein Wechsel in der Trägerschaft nötig. Ob es sich hier um einen vorübergehenden oder dauerhaften Wechsel handele, könne man angesichts der heutigen Situation noch nicht sagen. In den letzten Jahren seien bereits Mittel aus der Schulpauschale in Millionenhöhe dem Kreis und der Stadt Rheine verloren gegangen. Auch wenn die Verfahrenswege zwischen Kreis Steinfurt, Stadt Rheine und der Bezirksregierung lang seien, sei es sicherlich erforderlich, dass spätestens zum 1. Oktober 2010 der Wechsel erfolge. Nicht nur die finanziellen Rahmenbedingungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes, sondern auch die erforderlichen Mietverträge müssten verhandelt werden. Für die städtischen Mitarbeiter sei eine Personalüberleitung erforderlich, und weitere organisatorische Rahmenbedingungen müssten geklärt werden.

Herr Reiske hält es für richtig, dass die Berufskollegs zum Kreis Steinfurt übertragen werden. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betrachte die Situation insbesondere unter finanziellen Aspekten. Der Aspekt der Verzahnung mit der Wirtschaft spiele eher eine untergeordnete Rolle, da sich das Lehrpersonal und das Engagement nicht ändern würden, wenn der Kreis Steinfurt Träger des Berufskollegs sei. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bedauert, dass die Diskussion diese Richtung genommen habe. Ursprünglich sei intendiert worden, dass ein klarer Beschluss, nämlich die Übertragung der Berufskollegs zum Kreis, gefasst werde. Die Stadt Rheine hätte gegenüber dem Kreis dann eine völlig andere Verhandlungsposition gehabt. Aus haushaltstechnischen Gründen hätte die Stadt Rheine dadurch wesentlich besser dastehen können. Aus diesem Grund werden sich die Fraktion BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN hier bei der Stimme enthalten.

Herr Roscher bittet Herrn Lütkemeier, die Summen der finanziellen Auswirkung kurz darzustellen.

Herr Lütkemeier stellt klar, dass dieses in der Haupt- und Finanzausschusssitzung ausreichend dargestellt worden sei. Die Tabellen lägen allen vor. Herr Lütkemeier macht deutlich, dass zu dem Zahlenwerk einschließlich bis 2008 gedanklich immer noch ein Nettoaufwand draufzurechnen sei. Dieser resultiere aus bis

2008 nicht zahlungswirksamen Vorgängen, den Abschreibungen und den Ansetzungen und Auflösungen der Sonderposten.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine fasst folgenden Beschluss:

Das faktische Vertragsverhältnis zwischen der Stadt Rheine und dem Kreis Steinfurt zur Schulträgerschaft der Rheiner Berufskollegs wird zum 30. September 2010 aufgelöst. Die Trägerschaft geht entsprechend § 78 Abs. 2 Schulgesetz zum 1. Oktober 2010 auf den Kreis Steinfurt über.

Die Rückübertragung der Schulträgerschaft richtet sich nach einer separat zu verhandelnden öffentlich-rechtlichen Vereinbarung.

Der Beschluss insgesamt steht unter dem Vorbehalt einer positiven Erklärung der Bezirksregierung Münster – Regierungspräsident – zum Schreiben der Stadt Rheine vom 23. Juni 2010.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	37	Ja-Stimmen
	6	Stimmenthaltungen

**7. Neuordnung der Kloster Bentlage gGmbH
- Antrag der CDU-Fraktion vom 20.06.2010
Vorlage: 368/10/1**

I – 0:21:58

Frau Dr. Kordfelder verweist auf die Vorlage 368/10 und auf die Ergänzungsvorlage 368/10/1.

Frau Helmes stellt den gemeinsamen Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion vor. Sie erläutert, dass die CDU-Fraktion in den vergangenen Jahren die Kultur in der Stadt in allen Facetten intensiv begleitet und unterstützt habe. Alle hätten von der Arbeit und auch von der guten Zusammenarbeit mit der Kulturverwaltung profitiert. In vielen Gesprächen mit hauptamtlichen, wie auch ehrenamtlichen Mitarbeitern sei von der Sorge, dass in einigen Bereichen die gute Arbeit gestört werde, berichtet worden. Am 27. Oktober 2009 hätten die CDU- und FDP-Ratsfraktionen einen gemeinsamen Antrag zur kulturellen Begegnungsstätte Kloster Bentlage gestellt. Die Verwaltung habe durch den Rat der Stadt den Auftrag erhalten, mit allen Gesellschaftern Gespräche über eine mögliche Neuordnung der Kloster Bentlage gGmbH zu führen. Dabei habe zunächst die Frage nach den Gesellschaftsanteilen der Partner im Vordergrund gestanden. In der Öffentlichkeit sei der Punkt „Wie soll Bentlage im Jahr 2020 aussehen?“ zu kurz gekommen. Dabei würden aus Sicht der CDU-Fraktion Ziele und Struktur der Arbeit in 2020 zusammengehören. Es sei allen klar, dass es trotz der Bereitschaft zum Gespräch auch unterschiedliche Auffassungen und Ausgangspunkte gebe. Es seien Gespräche unter den Gesellschaftern der Kloster Bentlage gGmbH in mehreren Runden geführt worden. Ein Kompromiss zwischen der derzeitigen Struktur und den Veränderungswünschen sei nicht gefunden worden. Bereits im Gespräch mit dem Förderverein Kloster Bentlage zu Beginn dieses Jahres habe die CDU-Fraktion die Anregung gegeben, in einem moderierten Workshop über

Ziele und Strukturen zu sprechen. Leider sei dieser Gedanke damals nicht auf fruchtbaren Boden gestoßen, da die ganze Diskussion von der Strukturdebatte überlagert worden sei. Die Debatte sei nur im Rahmen der Organisationsstruktur ohne Ergebnis weitergeführt worden. Alle Parteien seien in ihren Ausgangspositionen stecken geblieben. Die Debatte sei immer wieder mit dem Vorwurf des Angriffs auf die Ehrenamtlichkeit überschattet gewesen. Das bedauere die CDU-Fraktion sehr. Frau Helmes begrüßt ausdrücklich die positive Rolle der ehrenamtlichen Mitarbeit des Fördervereins über viele Jahre. Der Förderverein habe die Funktion des kreativen und engagierten Begleiters und Gestalters ausgeübt und auch Mittel eingeworben. Dafür sei man dankbar. Dieses entspricht auch den Wertvorstellungen über ehrenamtliche Arbeit, ohne die die Stadt Rheine so nicht funktionieren würde. So notwendig die ehrenamtliche Arbeit in Bentlage auch sei, so dürfe das Ehrenamt auch nicht überfordert werden. In bestimmten Bereichen sei Professionalität und Hauptamtlichkeit vonnöten. Die gemeinsame Aufarbeitung und Zusammenstellung der Mitwirkungsmöglichkeiten aller Akteure in Bentlage im Gesprächskreis beim Kämmerer habe deutlich gemacht, dass es aktuell eine deutlich größere Anzahl von Akteuren in Bentlage gebe als zu Beginn der Betreibergesellschaft. Es seien aktuell 14 Akteure. Dieses zeuge davon, dass ehrenamtliches und inhaltliches Engagement möglich und auch gewollt seien. Es zeige aber auch, dass diese Ehrenamtlichen in sehr unterschiedlichen Strukturen und Beteiligungen in Bentlage mitwirken würden. Der Beweis sei dafür angetreten, dass inhaltliche, ehrenamtliche Arbeit in Bentlage möglich sei, ohne zugleich dem Kreis der Gesellschafter anzugehören. Diesen Status hätten nur vier von 14 Akteuren. Herr Lütkeemeier habe für die Organisationsstruktur einen Kompromissvorschlag unterbreitet, wonach nur der Förderverein Gesellschafter bleiben solle. Dieser Vorschlag sei an den Beteiligten gescheitert. Auch der Vorschlag der CDU-Fraktion an den Förderverein, auf seine Sperrminorität zu verzichten, sei nicht positiv aufgenommen worden. Letzthin hätten sich alle anderen Gesellschafter auf den Nenner verständigt, dass es bleiben möge, so wie es sei. Die CDU-Fraktion wolle den aktuellen Zwischenstand mit Öffnung einer neuen Initiative und neuen Gesprächen verbinden.

Frau Lulay informiert, dass Rheine mit dem Kloster Bentlage inzwischen ein überregional anerkanntes Leuchtturmprojekt habe. Das kulturelle Gesamtangebot erfahre viel Anerkennung und Sympathie. Vor etwa 10 Jahre sei man in Bentlage in eine kreative und schöpferische Phase eingetreten, die die kulturelle Vielfalt und Bestenauslese sichere. Das Kloster Bentlage sei zu einem Markenartikel der Stadt und der Region geworden. Dafür gehöre vor allem der Geschäftsführung, den dortigen hauptamtlichen Mitarbeitern, aber auch den vielen ehrenamtlichen Kräften ein herzlicher Dank. Trotz einer oberflächlichen Einigkeit aller Akteure in der inhaltlichen Arbeit und Zielsetzung hätte es einzelne Akteure in Bentlage gegeben, die gerne den Weg zurück in die Vergangenheit anstreben möchten. Bestimmten Gruppierungen gefalle vor allem die Öffnung von Bentlage für die breite Bevölkerungsschicht nicht. Sie würden sich elitäre Kulturangebote für Wenige wünschen. Die CDU-Fraktion hingegen vertrete die Auffassung, dass eine herausgehobene Museums- und Ausstellungskultur und eine Öffnung des Kulturangebotes für breite Bevölkerungsschichten notwendig seien. Das Kloster Bentlage sei eine Urzelle der Stadt Rheine und gehöre der Gesamtbevölkerung und nicht wenigen Personen. Aus diesen grundsätzlichen Unterschieden heraus, seien viele Diskussionen und Konflikte der letzten Jahre zu erkennen. Die CDU-Fraktion wolle mit der in den letzten Jahren in Bentlage gewachsenen Kultur viele Menschen in Rheine erreichen und somit auch die Wirtschaftlichkeit des Angebotes verbes-

sern. Nunmehr sei es an der Zeit, für Bentlage ein Zukunftskonzept für die nächsten 10 Jahre zu entwickeln. Frau Lulay stellt folgenden Antrag:

1. Die Geschäftsführung der Kloster Bentlage gGmbH wird gebeten, einen Workshop für das Kloster Bentlage mit allen Akteuren, Interessierten und weiteren Fachleuten (z. B. Kreis Steinfurt, LWL) in Bentlage vorzubereiten und durchzuführen, auf dem die Zukunftsperspektiven des Klosters Bentlage für einen Zeitraum bis 2020 diskutiert werden.
2. Inhaltlich sollen in diesem „Bentlage Workshop“ Perspektiven erarbeitet werden, wie das Kloster Bentlage bis zum Jahr 2020
 - a) seine Leuchtturmfunktion für eine überregionale, herausgehobene Museums- und Ausstellungskultur (Bildende Kunst) sichern und ausbauen kann,
 - b) die in den letzten Jahren entwickelten Kulturangebote für Kinder, Familien und Senioren - somit für breite Bereiche der Bevölkerung von Rheine - weiterentwickelt werden können.
3. Dieser Bentlage-Workshop soll extern begleitet und ausgewertet werden. Dazu gehört die Bewertung der dann vorliegenden Ideen und Vorschläge ebenso, wie die sich gegebenenfalls daraus ergebenden Struktur- und Organisationsentscheidungen. Es soll dem Rat der Stadt Rheine ein entsprechender Handlungsrahmen aufgezeigt werden.
4. Die Geschäftsführung der Kloster Bentlage gGmbH wird gebeten, bis zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses mindestens 2 Kostenvorschläge von entsprechenden Fachleuten einzuholen. Der Haupt- und Finanzausschuss soll dann über eine Vergabe der externen Beratungskosten entscheiden und einen Finanzierungsvorschlag beschließen.

Frau Lulay erläutert, dass sich insofern die Akzente gegenüber dem Antrag vom 27. Oktober 2009 verändert hätten und hoffentlich dazu beitragen würden, die Diskussion zu versachlichen. Man wolle weg von einer Macht- zu einer Sachdiskussion, und man bitte alle Akteure und Interessierte, diesen Weg mitzugehen. Frau Lulay stellt klar, die CDU-Fraktion hätte immer eine sachliche und fachliche Ausarbeitung gewollt. Es sei nie um Macht gegangen, sondern darum, Bentlage für die Zukunft zu sichern.

Frau Dr. Kordfelder bezieht sich auf den Antrag vom 27. Oktober 2009, welcher die dezidiert strukturelle Neuordnung der kulturellen Begegnungsstätte mit dem Ziel, die Gesellschaftsanteile der Gesellschafter zu 100 % in den Besitz der Stadt Rheine zu führen, benenne. Sie fragt, ob die Verwaltung nach den vorher genannten Ausführungen davon ausgehen könne, dass der Antrag entbehrlich sei und zurückgenommen werde.

Frau Helmes stellt klar, dass darüber nicht mehr diskutiert werden müsse.

Herr Roscher merkt an, dass es ihn irritiert habe, einen Tagesordnungspunkt anzukündigen und darin zu formulieren, dass der Beschlussvorschlag in der Sitzung vorgetragen werde. Nach der Überzeugung der SPD-Fraktion müsse der Beschlussvorschlag in einigen Punkten sicherlich noch überarbeitet werden. Herr

Roscher macht daher den Vorschlag, heute noch nicht abschließend zu beschließen, sondern in einer Sitzung nach den Sommerferien. Herr Roscher macht deutlich, dass von Frau Helmes das ehrenamtliche Engagement des Fördervereins gelobt worden sei, aber dass auch alle anderen Akteure, die nicht genannt worden seien, dieses Lob verdienen würden. Herr Roscher stellt die Frage, ob es momentan überhaupt noch einen entsprechenden Bedarf gebe, über diese Angelegenheiten zu reden, da eingangs gesagt worden sei, dass alles so bleibe wie es sei. Im konkret vorliegenden Vorschlag werde unter Ziffer 1 die Weiterentwicklung der Organisation genannt. Dieses sei etwas, was sowieso jede Geschäftsführung von sich aus machen müsse. Herr Roscher gibt weiter an, dass auch die Gesellschafter eingeladen werden müssten. Außerdem müsse überlegt werden, ob alle Interessierten eingeladen werden sollten, da der Rahmen schnell zu groß werden könnte. Grundsätzlich könne man sich nicht gegen eine Weiterentwicklung nicht stellen, dass sei auch von der SPD-Fraktion nicht gewollt. Gleichwohl vermisse er in dem vorliegenden Beschlussvorschlag unter Punkt 3 eine Klarstellung, dass es nicht wieder zu einer Formulierung komme wie im Oktober 2009. Ansonsten würde sich der Rat auch das Recht einräumen, sich gegen eine mehrheitliche Stellungnahme der Aufsichtsratsmitglieder, der Gesellschafter oder der sonstigen Akteure zu entscheiden. Herr Roscher teilt mit, dass er eher tendiere, dass das Budget der Kloster Bentlage gGmbH den Workshop zu finanzieren habe. Es hätten bereits Workshops stattgefunden, die man mit dem Ist-Zustand abgleichen müsse. Auch Herr Professor Dr. Bensmann habe im Frühjahr bereits einen Workshop durchgeführt, dessen Ergebnisse noch nicht vorliegen würden. Eine saubere Ist-Standserhebung müsse man erwarten. Herr Roscher macht abschließend noch einmal deutlich, dass die SPD-Fraktion sich gegen jedes Diktat zulasten der ehrenamtlichen Gesellschafter und der ehrenamtlichen Akteure am Kloster Bentlage wenden werde.

Herr Reiske bezieht sich auf die Aussage von Frau Helmes, dass es bislang lediglich eine Strukturdebatte gegeben habe. Herr Reiske macht deutlich, dass man, wenn man einen Antrag stellen würde, der sich auf die Struktur beziehe, sich nicht wundern müsse, dass genau an dieser Stelle die Diskussion geführt werde. Herr Reiske äußert, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Vorschlag der CDU-Fraktion nicht mittragen wolle, insbesondere an der Stelle, an der abgehoben werde auf die Tätigkeit der Geschäftsführung. Es seien mehrfach Gespräche mit den ehrenamtlich Tätigen in Bentlage geführt worden. Daher wisse man, dass es an dieser Stelle erhebliche Konflikte gebe. Die Fraktion BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN schlägt statt dessen Folgendes vor:

1. Die Verwaltung werde beauftragt, gemeinsam mit den Gesellschaftern der Kloster Bentlage gGmbH einen Workshop für das Kloster Bentlage mit allen Akteuren und weiteren Fachleuten (z. B. Kreis Steinfurt, LWL) vorzubereiten und durchzuführen, auf dem die Zukunftsperspektiven des Klosters Bentlage für einen Zeitraum bis 2020 diskutiert werden.
2. Inhaltlich sollen in diesem „Bentlage Workshop“ Perspektiven erarbeitet werden, wie das Kloster Bentlage bis zum Jahr 2020
 - a) seine Leuchtturmfunktion für eine überregionale, herausgehobene Museums- und Ausstellungskultur sichern und ausbauen kann
 - b) die in den letzten Jahren entwickelten Kulturangebote für breite Bereiche der Bevölkerung von Rheine - weiterentwickelt werden können.

3. Dieser Bentlage-Workshop soll extern begleitet und ausgewertet werden. Durch den Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung der Kloster Bentlage gGmbH soll anschließend dem Rat der Stadt Rheine ein entsprechendes Strategiepapier vorgelegt werden.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses mindestens 2 Kostengebote von entsprechenden Fachleuten einzuholen. Der Haupt- und Finanzausschuss soll dann über eine Vergabe der externen Beratungskosten entscheiden und einen Finanzierungsvorschlag beschließen.

Herr Reiske erläutert, dass der Unterschied darin liege, dass hier nicht die Geschäftsführung beauftragt werde. Diese Stelle sei zu konfliktbehaftet. Außerdem gehe es in dem Antrag nicht um eine neue Strukturdebatte. Herr Reiske erklärt, dass die Fraktion BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN die weitere Diskussion abwarten werde, um dann zu überlegen, ob dieser Beschlussvorschlag zur Abstimmung gestellt werden solle.

Herr Holtel stellt klar, dass die FDP-Fraktion in den letzten 15 bis 20 Jahren nicht an den Strukturen in Bentlage mitgearbeitet habe und daher die Konfliktsituation aus dem ersten Antrag nicht erkannt habe. Die FDP-Fraktion sei inzwischen aber der Meinung, dass sie mit dem heute vorgelegten Antrag ein Stück des Weges gegangen sei. Dieses sei dadurch erreicht worden, dass man mit vielen Akteuren und ehrenamtlichen Mitgliedern des Fördervereins in Bentlage gesprochen habe. Ohne das Ehrenamt und ohne die Zusammenarbeit mit der Stiftung und dem Förderverein könne man in Bentlage so nicht weiterkommen. Nach vielen Gesprächen sei man überzeugt, dass mit einer Konfrontation keine positive Entwicklung möglich sei und dass die Einstiegsrunde, die zwischen der Politik, dem Förderverein, dem Kulturforum unter der Moderation von Herrn Lütkeemeier stattgefunden habe, leider noch nicht zum Einvernehmen geführt habe. Es dürfe bei dem geplanten Workshop in Bentlage nicht ausschließlich über die zukünftige Organisation diskutiert werden. Es gehe auch darum, eine breite Sachdiskussion zu führen, die auch die Einbindung der Partner organisiere. Die FDP-Fraktion hoffe auf positive Ergebnisse und Gespräch im Sinne von Bentlage. Sie wolle dazu beitragen.

Herr Mollen erklärt, dass man hier auf dem richtigen Weg zu einer Sachdiskussion sei. Nach Einbringung des Antrages vom 27. Oktober 2009 sei von allen Beteiligten in Bentlage wahrgenommen worden, dass eine Diskussion auf Augenhöhe nicht mehr möglich sei. Es habe für diesen Vorschlag, der nicht abgesprochen gewesen sei, keine Vorbereitung geben. Dementsprechend seien dann auch die Reaktionen gewesen. Erst die Drohung in dem Antrag, wenn man nicht mitmache wie gefordert, würde alles aufgelöst, habe ja zu dieser Entwicklung geführt. Auf verschiedenen Ebenen seien Gespräche geführt worden, die unterm Strich zu keinem Ergebnis geführt hätten. Der neue Vorschlag nimmt Einiges vom ursprünglichen Antrag vom 27. Oktober zurück. Jetzt werde eine inhaltliche Diskussion möglich. Alle Partner, insbesondere die ehrenamtlichen, würden sich mitgenommen fühlen und könnten an dieser Diskussion auf Augenhöhe teilnehmen. Die Leistungen, die von Ehrenamtlichen in Bentlage durchgeführt werden, gehen laut einer Aufstellung des Fördervereins in die Millionen. Das zeige die Notwendigkeit von Ehrenamt. Herr Mollen erinnert an einen Workshop, der vor etwa drei oder vier Jahren mit Professor Dr. Bensmann in Bentlage durchgeführt

worden sei, in dem es um die Kulturentwicklung in Rheine gegangen sei. Die Punkte des Vorschlages seien damals bereits besprochen worden. Viel von dem, was in dem Vorschlag gefordert worden sei, sei in Bentlage bereits umgesetzt worden. Daher bestehe derzeit kein Bedarf, die Dinge so explizit hervorzuheben. Man sollte noch einmal die Ergebnisse dieses Workshops abgleichen und darauf achten was mittlerweile ausgeführt worden sei, wo es noch Defizite gebe und wo neue Partner mit ins Boot gekommen seien, die für eine Entwicklung in Bentlage wichtig seien. Wenn der Antrag von Oktober 2009 aufrecht erhalten worden wäre, hätte es einen Rückzug des Ehrenamtes gegeben. Dieses sei jetzt nicht mehr der Fall. Man hoffe, dass sich die Ehrenamtlichen weiter engagieren würden. Hätten sich viele ehrenamtliche Vereine in Bentlage zurückgezogen, hätte man hauptberufliche Mitarbeiter einstellen müssen. Dieses wäre bei 33 KW-Stellen und der momentanen finanziellen Situation nicht möglich gewesen. Das würde das Aus für Bentlage bedeuten. Es gebe daher keinen Handlungsspielraum und keine Alternative. Die SPD-Fraktion wünsche ebenfalls, dass die Ergebnisse des Workshops aus März dieses Jahres noch einmal aufgegriffen und ausgewertet würden. Ob eine externe Moderation dann noch notwendig sein werde und dafür noch einmal Geld ausgegeben werden solle, sei ganz genau zu prüfen.

Herr Reiske knüpft an den Vorschlag von Herrn Roscher an und schlägt vor, heute keinen Beschluss zu fassen, sondern mit Herrn Lütke-meier zu sprechen, um dann einen gemeinsamen Konsens zu suchen.

Herr Niehues sieht keinen Grund für eine Vertagung. Die Diskussion werde nicht besser oder intensiver. Sie werde zu keinen neuen Erkenntnissen führen. Das Angebot stehe, man wolle alle Akteure, Experten und alle Interessierten einladen. Man werde sicherlich auch das aufarbeiten, was Gegenstand von bisherigen Workshops gewesen sei. Am Ende müsse alles zusammengefügt werden, daher sei ein moderierter Prozess mit einem Vorschlag, der dann an den Rat gemacht werde, notwendig. Die Stadt Rheine sei Eigentümerin des Klosters. Sie müsse Antworten auf die Zukunftsplanung geben. Die Einbindung der Akteure passiere über den Workshop, aber die Entscheidungsträger seien stellvertretend für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Rheine die gewählten Ratsvertreter. Wenn die Kosten bekannt seien, werde im Haupt- und Finanzausschuss ein Finanzierungsvorschlag gemacht. Wenn man es schaffe, in 10 Jahren Bentlage weiterhin über-regional aber auch regional in Rheine so zu einem Leuchtturmprojekt zu machen, dann seien auch Kosten in dieser Größenordnung das wert. Herr Niehues bittet daher darum, den Beschlussvorschlag zur Abstimmung zu bringen.

Frau Dr. Kordfelder macht deutlich, dass man gerade im Kulturbereich auf viele Erkenntnisse aus Workshops, Sitzungen und Tagungen der letzten Zeit aufbauen könne. Die Geschäftsführung von Bentlage führe jedes Jahr als kontinuierliche Aufgabe mit den Beteiligten, die in Bentlage aktiv seien, solche Sitzungen durch, um Arbeitsplanungen und Perspektiven zu gestalten. Frau Dr. Kordfelder weist darauf hin, dass sich alle Interessierten vor Jahren im Zusammenhang mit „Rheine 2020“ mit Bentlage beschäftigt hätten. Man habe sich mit der Thematik „Entwicklung von Kloster Bentlage und dem gesamten Raum“ in vielen Sitzungen beschäftigt. Es hätten mehrere Workshops und Veranstaltungen in der letzten Zeit stattgefunden, wie im März unter der Moderation von Herrn Professor Dr. Bensmann eine Fachtagung, wie die Jugendkulturkonferenz oder die Bereisung der Stadt Gütersloh durch den Kulturausschuss. Ausfluss all dieser Erkenntnisse sei unter anderem die Teilnahme der Stadt Rheine am neuen Landeswettbewerb zum Thema „Gesamtkonzeption Kulturelle Bildung“. Eine der Autorinnen im Auto-

renverzeichnis sei die Vorsitzende des Kulturausschusses Frau Lulay. In diesem Gesamtbeitrag des Wettbewerbes der Stadt Rheine auf der Landesebene sei das Kulturangebot für Kinder, Familien und Senioren ausdrücklich erwähnt.

Frau Dr. Kordfelder schlägt vor, die bisherigen Ergebnisse gemeinsam aufzuarbeiten, zusammenzufügen und noch einmal zu präsentieren. Sie fordert, dass die Geschäftsführung im Kloster Bentlage dem Aufsichtsrat ihre Perspektiven präsentiere. Es gäbe Perspektiven für die Entwicklung von Bentlage, die zunächst aufgearbeitet werden müssten. Danach könne man mit den aufbereiteten Materialien im Rat auch noch einmal vorstellig werden. Die Überlegung, die Sommerzeit zu nutzen, um diese Vorschläge aufzubereiten und nochmals drüber zu sprechen, wäre aus ihrer Sicht ein gangbarer Weg.

Um 18:05 Uhr unterbricht Frau Dr. Kordfelder auf Antrag von Herrn Holtel die Ratssitzung zu einer fraktionsinternen Beratung. Um 18:10 Uhr eröffnet sie die Sitzung erneut.

Frau Dr. Kordfelder bezieht sich auf den Kompromissvorschlag und fragt, ob es eine Möglichkeit gebe, die Dinge noch einmal aufzubereiten und sich in der nächsten Sitzung noch einmal mit dem Thema zu beschäftigen.

Herr Niehues spricht sich dagegen aus.

Herr Holtel erläutert, dass der FDP-Fraktion Informationen über Tagungen, Sitzungen und Workshops und über das vorhandene Material nicht vorliegen würden. Er bittet die Geschäftsführung des Kloster Bentlage, diese Informationen zur Verfügung zu stellen. Weiterhin bittet er die Bürgermeisterin, vor der Haupt- und Finanzausschusssitzung im September keine Auftragsvergaben an irgendwelche Experten zu tätigen. Die FDP-Fraktion bleibe aber bei dem Beschlussvorschlag, der heute eingebracht wurde, und wünsche, dass der Beschluss heute gefasst werde. Man wolle aber kein Geld ausgeben, bevor man nicht wisse, was bislang in Bentlage diskutiert worden sei.

Herr Ortel bezieht sich auf die Stellungnahme von Herrn Reiske und wünscht eine Erklärung zur genannten Konfliktbehaftung, denn nur dann sei der Antrag nachvollziehbar.

Herr Mollen bezieht sich auf die Aussage von Frau Lulay, dass es ganz viele Aktivitäten von Akteuren in Bentlage gegeben habe, gegenzusteuern und elitäre Kunst zu fordern. Herr Mollen wünscht hierzu Beispiele.

Herr Reiske erläutert, dass von vielen ehrenamtlich Tätigen gesagt worden sei, dass sie mit der Geschäftsführung nur ganz schwer kooperieren könnten.

Herr Kohnen meldet sich zur Geschäftsordnung und beantragt den Schluss der Debatte.

Frau Dr. Kordfelder stellt klar, dass sie sich gegen den Beschluss der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion aussprechen werde. Obwohl der Antrag der CDU-Fraktion vom 27. Oktober als entbehrlich dargestellt wurde, ließen die Aussagen in der gestrigen Pressekonferenz Zweifel daran, insbesondere, nach dem wie die Akteure zum Thema „Wegfall von Sperrminoritäten“ zitiert worden seien. Es scheine immer noch das Ziel zu sein, solche Strukturen einzuführen.

Frau Dr. Kordfelder lässt sodann über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen. Der Rat beschließt die Vertagung des Tagesordnungspunktes.

Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen
 24 Nein-Stimmen

Frau Dr. Kordfelder lässt dann über den Antrag der CDU-Fraktion und FDP-Fraktion abstimmen.

1. Die Geschäftsführung der Kloster Bentlage gGmbH wird gebeten, einen Workshop für das Kloster Bentlage mit allen Akteuren, Interessierten und weiteren Fachleuten (z. B. Kreis Steinfurt, LWL) in Bentlage vorzubereiten und durchzuführen, auf dem die Zukunftsperspektiven des Klosters Bentlage für einen Zeitraum bis 2020 diskutiert werden.
2. Inhaltlich sollen in diesem „Bentalge Workshop“ Perspektiven erarbeitet werden, wie das Kloster Bentlage bis zum Jahr 2020
 - a) seine Leuchtturmfunktion für eine überregionale, herausgehobene Museums- und Ausstellungskultur (Bildenden Kunst) sichern und ausbauen kann,
 - b) die in den letzten Jahren entwickelten Kulturangebote für Kinder, Familien und Senioren - somit für breite Bereiche der Bevölkerung von Rheine - weiter entwickelt werden können.
3. Dieser Bentlage-Workshop soll extern begleitet und ausgewertet werden. Dazu gehört die Bewertung der dann vorliegenden Ideen und Vorschläge ebenso wie die sich ggf. daraus ergebenden Struktur- und Organisationsentscheidungen. Es soll dem Rat der Stadt Rheine ein entsprechender Handlungsrahmen aufgezeigt werden.
4. Die Geschäftsführung der Kloster Bentlage gGmbH wird gebeten, bis zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses mindestens 2 Kostenvorschläge von entsprechenden Fachleuten einzuholen. Der Haupt- und Finanzausschuss soll dann über eine Vergabe der externen Beratungskosten entscheiden und einen Finanzierungsvorschlag beschließen.

Abstimmungsergebnis: 24 Ja-Stimmen
 20 Nein-Stimmen

8. Zukünftige Personalstruktur auf der Ebene des Verwaltungsvorstandes
- Antrag der CDU-Fraktion vom 16.06.2010
Vorlage: 349/10/1

II – 0:10:05

Herr Niehues erläutert, dass gemäß § 15 der Hauptsatzung die Stadt Rheine zwei hauptamtliche Beigeordnete habe. Die Wahlzeit der Beigeordneten Ute Ehrenberg ende zum 31. Dezember 2010. Gemäß § 71 (II) GO dürfe die Wahl frühestens sechs Monate vor Freiwerden der Stelle erfolgen. Es gebe insoweit einen Handlungsdruck. Für die CDU-Fraktion sei es sonderbar gewesen, dass sie einen entsprechenden Antrag zu der Thematik hätte stellen müssen. Man hätte erwartet, dass die Bürgermeisterin von sich aus diesen Punkt auf die Tagesordnung setze. Die Bürgermeisterin habe im Rahmen einer Anfrage mitgeteilt, dass sie das nicht wolle. Er habe daher im Auftrag der CDU-Fraktion den Punkt zum frühestmöglichen Zeitpunkt auf die Tagesordnung setzen lassen. Der Rat habe nun drei Entscheidungsmöglichkeiten:

- a) die sofortige Wiederwahl der Stelleninhaberin ohne eine Stellenausschreibung;
- b) eine öffentliche Ausschreibung der Beigeordnetenstelle;
- c) die Einsparung dieser Beigeordnetenstelle.

Herr Niehues äußert, dass Frau Dr. Kordfelder im Vorfeld der anstehenden Ratsentscheidung in mehreren Gesprächen mit Fraktionsvertretern offen dafür geworben habe, Frau Ehrenberg nicht wiederzuwählen und die Beigeordnetenstelle einzusparen. Begründet wurde dieses damit, dass 120.000 € Personalkosten (Gehalt und Personalnebenkosten) eingespart werden könnten. Die Aufgaben der Beigeordneten würden dann Herrn Lütke-meier und Frau Dr. Kordfelder übernehmen. Die erste Vorentscheidung, die die Politik zu treffen gehabt habe, sei die Frage gewesen, ob diese Beigeordnetenstelle für Schule, Kultur und Sport sowie Jugend, Familie und Soziales wirklich einzusparen sei. Herr Niehues hält fest, dass es sein möge, dass die Bürgermeisterin für sich freie Arbeitskapazitäten im Tagesablauf erkannt hätte, man dieses aber anders bei Herrn Kuhlmann und Herrn Lütke-meier sehe. Bei ihnen verlange das zugeteilte Aufgabengebiet ein erhebliches Arbeitspensum, welches an die Grenzen der Zumutbarkeit stoße, zumal Herr Lütke-meier auch formal keine Beigeordnetenstelle innehabe. Es wäre kontraproduktiv, Herrn Lütke-meier mit zusätzlichen Aufgaben zu belasten. Er sei in erster Linie dazu gefordert, den Haushaltsausgleich zu organisieren, und dafür brauche er eine uneingeschränkte und fachliche Freiheit als Kämmerer. Man habe in der CDU-Fraktion Bedenken, die Führungsfunktion dieser Beigeordnetenstelle einzusparen. Herr Lütke-meier, der nach den Vorstellungen der Bürgermeisterin die Schwerpunktaufgaben für Schule, Jugend und Soziales übernehmen solle, sei selber nur noch bis zum Januar 2013 im Amt und gehe dann in Altersteilzeit. Die CDU-Fraktion sehe darin keinen Sinn, dass Herr Lütke-meier neben seiner Hauptaufgabe der Sanierung der Stadtfinanzen diese wichtigen Schwerpunktaufgaben in der Verwaltung wahrnehmen solle. Herr Niehues informiert, dass die CDU-Fraktion auch Herrn Lütke-meier zu seinen Schwerpunkten aus dem Teilbereich des Dezernates von Frau Ehrenberg befragt habe. Diese Fragen seien aber nicht beantwortet worden. Die CDU-Fraktion vermute, dass Herr Lütke-meier mit den

Themen Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungsmanagement mehr als gut ausgelastet sei.

Frau Dr. Kordfelder wolle sich um die Themen Kultur und Sport bemühen. Bei dieser Aufgabenstellung wäre es erst einmal notwendig, den bestehenden Fachbereich 1 aufzuteilen, es sei denn, dass vorgesehen sei, dass ein Fachbereichsleiter zwei Dezernenten diene. Dies sei keine zukunftsfähige Lösung. Man müsse sich zunächst Gedanken über die anstehenden dringenden Zukunftsaufgaben machen. Das Dezernat Schule, Kultur und Sport sowie Jugend, Familie und Soziales verfüge über 215,42 Personalstellen. Diese Mitarbeiterzahl führe man nicht einfach so. Auch das jährliche Finanzvolumen liege im Ergebnisplan bei 50 Millionen Euro. Hinzukämen dann jeweils die Aufwendungen aus der Finanzplanung. Auch inhaltlich und personell stehe das Dezernat vor einer Veränderung. Die Besetzung und die Stellvertretung der Fachbereichsleitung Jugend und Soziales stehe an, darüber hinaus seien vier weitere wichtige Personalstellen im Bereich Schule, Sport, Jugend, und Soziales neu zu besetzen. Diese Personalaufgaben würden eine starke Dezernatsführung benötigen. Man stehe auch vor gewaltigen Umbrüchen inhaltlicher Art in diesem Dezernat, wie z. B. die Entscheidung in der Schulstruktur, die Organisation der Bildungslandschaft im Kreis Steinfurt, die Trägerschaft beim Berufskolleg, ein Übergangsmanagement von Kindergarten, Schule und Beruf, dem Ausbau der U3-Betreuung, der Medienentwicklung, den Landeswettbewerb für kulturelle Bildung, der Sportstättenplanung etc.. Bei der Betrachtung dieser Aufgaben werde klar, dass diese wichtige Gestaltungs- und Führungsaufgabe auch unter Berücksichtigung der Finanzlage der Stadt nicht einzusparen sei. Herr Niehues hält den Vorschlag von Frau Dr. Kordfelder eher der Situation geschuldet, dass die persönliche Zusammenarbeit zwischen der Bürgermeisterin und der Dezernentin gestört sei. Von der Sache her sei der Vorschlag nicht zu vertreten. Herr Niehues stellt infrage, ob Frau Dr. Kordfelder den Vorschlag unterbreitet hätte, wenn die Entscheidung im Dezernat des Herrn Kuhlmann oder Herrn Lütke-meier angestanden hätte. Herr Niehues unterstellt, dass das nicht der Fall gewesen wäre. Die CDU-Fraktion wolle die Stelle nicht einsparen.

Als Zweites stelle sich die Frage, ob es eine sofortige Wiederwahl von Frau Ehrenberg geben oder ob die Stelle öffentlich ausgeschrieben werden solle. Herr Niehues erläutert, dass für die CDU-Fraktion das allgemeine Wohl der Stadt Rheine im Vordergrund stehe. Danach seien alle anderen Punkte von Bedeutung, nämlich die persönliche Interessenlage von Frau Ehrenberg ebenso wie die Interessenlage der Bürgermeisterin oder auch die Interessenlage des einen oder anderen aus der Politik. Herr Niehues bedankt sich bei der Stelleninhaberin, Frau Ehrenberg. Sie habe positive, inhaltliche Arbeit geleistet, wie die Schulentwicklungsplanung, die Sozialplanung einschließlich Senioren und Behindertenplanung, Neuorganisation SGB II, Jugendhilfeplanung, Kindertagesstättenplanung, Sportstättenplanung, Neuordnung Musikschule, Stadtbibliothek und die Museen Kloster Bentlage. Insgesamt sei die Stadt Rheine in diesem Dezernat gut aufgestellt, wobei sicherlich immer noch Einiges verbesserungswürdig sei.

Negativ sehe die CDU-Fraktion einen offensichtlichen Konflikt mit der Bürgermeisterin, der an vielen Stellen die Arbeit im Verwaltungsvorstand überschatten würde. Die CDU-Fraktion habe sich gemeinschaftlich mit der FDP-Fraktion auf eine öffentliche Stellenausschreibung festgelegt. Für eine Stellenausschreibung spreche, dass man hoffentlich ein umfassendes Personalangebot für dieses Dezernat erhalte. Die gesellschaftspolitische Bedeutung für diese Stelle mache es notwendig, dass man eine Bestenauslese durchführe, damit dieses Dezernat weiterhin kompetent geführt werde. Frau Ehrenberg gehöre automatisch im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen zum Bewerberpool und brauche sich nicht ge-

sondert zu bewerben. Sollte sich der Rat nach einer Stellenausschreibung für eine Wiederwahl entscheiden, werde gegebenenfalls wegen der gesetzlichen Rahmenbedingungen eine Entscheidung bis zum 30. September zu erwägen, dies sei die Frist, bis zu der Frau Ehrenberg eine Wiederwahl annehmen müsse. Man gehe davon aus, dass die Personalentscheidung in der Oktober-Ratssitzung getroffen werde. Der gemeinsame Beschlussvorschlag von CDU-Fraktion und FDP-Fraktion lautet:

1. Der Rat der Stadt Rheine spricht sich für eine öffentliche Ausschreibung der Beigeordnetenstelle des Dezernates Schule, Kultur und Sport sowie Jugend, Familie und Soziales aus.
2. Die Stellenausschreibung soll zum frühestmöglichen Zeitpunkt innerhalb der Sommerferien erfolgen. Der Text der Stellenausschreibung soll auch eine Vorbehaltsklausel für eine mögliche Neustrukturierung des Dezernates beinhalten.
3. Das Auswahlverfahren soll entsprechend den gesetzlichen Regelungen direkt nach der Sommerpause erfolgen.

Frau Dr. Kordfelder merkt an, dass es sie freue von Herrn Niehues zu hören, dass es anstehe, den Fachbereichsleiter und Stellvertreter für Jugend, Familie und Soziales bald zusätzlich auszuschreiben. Frau Dr. Kordfelder geht davon aus, dass von den 33 KW-Vermerken nach den Ausführungen unmittelbar zwei zurückgenommen werden könnten. Sie bezieht sich darauf, dass darüber gesprochen worden sei, dass eine starke Führung vonnöten sei. Dort sei man bei ihr richtig. Sie habe nicht nur die Personalführung für 650 Köpfe inne, sondern sie unterstütze auch den Rat in seiner Entscheidungsfindung. Die Diskussion die hier geführt werde, sei üblich in Verwaltungen, wenn es darum gehe, ob Dezernate möglicherweise neu zugeordnet würden, ob man möglicherweise darauf verzichten könne oder ob neue Dezernate eingerichtet würden. Eine solche Diskussion sei auch geführt worden, bevor Herr Kuhlmann zur Stadt Rheine gekommen sei. Daher sollte auch diese Diskussion relativ unaufgeregt geführt werden.

Frau Dr. Kordfelder widerspricht der Aussage von Herrn Niehues, dass die Verwaltung das Thema nicht hätte auf die Tagesordnung nehmen wollen und dem Punkt, dass sie dafür geworben habe, Frau Ehrenberg nicht wiederzuwählen.

Frau Dr. Kordfelder stellt klar, dass sie in mehreren Sitzungen der Fraktionsvorsitzenden und -stellvertreter das Thema „Personalentwicklung und Neuorganisation des Verwaltungsvorstandes“ vorbesprochen habe. Es sei dabei auch darüber gesprochen worden, ob die Stelle des Fachbereichsleiters Jugend, Familie und Soziales intern ausgeschrieben werden solle. Sie geht davon aus, dass die Fraktionsvorsitzenden und -stellvertreter, die an diesen Terminen teilgenommen hätten, die Fraktionen darüber auch informiert hätten.

Es habe auch eine Vorlage für den Haupt- und Finanzausschuss im Mai zum Thema „Bericht über beabsichtigte personelle und organisatorische Maßnahmen von grundsätzlicher Bedeutung“ gegeben. Auf diese Vorlage sei durch die heutige Vorlage 349/10/1 hingewiesen worden. In dieser Vorlage habe die Verwaltung dargelegt, dass man sich eine solche Neustrukturierung des Verwaltungsvorstandes unter Streichung der Beigeordnetenstelle vorstellen könne. Es sei auch darauf hingewiesen worden, dass der Vertrag mit Frau Ehrenberg auslaufe, wenn man nicht reagieren würde, und dann könne zum 1. Januar die Neuorganisation umgesetzt werden. Wäre diesem Vorschlag gefolgt worden, wäre dieser Tagesordnungspunkt entbehrlich gewesen. Man habe sich auch durchaus an die Bei-

spiele anderer Städte angelehnt, wie z. B. die Städte Arnshausen oder Kerpen, die jeweils mit einem Ersten Beigeordneten auskommen würden. Auch darüber sei mit den Fraktionsvorsitzenden gesprochen worden. Die Fachbereichsebene werde in der Autonomie der Gestaltung angehoben, was auch unter anderem der Geschäftsordnung des Verwaltungsvorstandes entsprechen würde. Dort seien die Aufgaben der Beigeordneten im Sinne strategischer und konzeptioneller Aufgaben genau definiert. Dort sei auch genau beschrieben, wer für die operativen Aufgaben zuständig sei. Frau Dr. Kordfelder hält fest, dass die Ratsmitglieder die sachlichen Kriterien für die Vorschläge, wie das Personal neu aufgestellt werden solle, bekommen hätten.

Herr Roscher bezieht sich auf die Aussagen von Herrn Niehues und fragt, wie man auf der einen Seite KW-Vermerke verlangen könne und auf der anderen Seite darstellen könne, dass es keine Arbeitsverdichtung bei den verbleibenden Beschäftigten gebe. In der Führungsspitze müsse dann auch Arbeitsverdichtung eintreten. Bei Stärkung der Fachbereichsebene könne die Dezernentenstelle wegfallen. Es handele sich auch nicht um einen singulären Vorschlag der Bürgermeisterin. Zu dem Vorschlag, den der Verwaltungsvorstand eingebracht habe, gebe es keine abweichende Meinung. Deswegen gehe man davon aus, dass die Betroffenen, bei denen die Arbeitsverdichtung eintreten werde, wenn Frau Ehrenberg nicht mehr im Dienst sei, dies durchaus beurteilt hätten und auch entsprechend mittragen würden.

Für die SPD-Fraktion sei es ein Ansatz, Kosten zu sparen, indem man dem Vorschlag der Verwaltung folge. Die SPD-Fraktion befürworte eine entsprechende Neuorganisation im Verwaltungsvorstand unter Stärkung der entsprechenden Fachbereichsleiter. Herr Roscher bezieht sich auf die Aussage von Herrn Niehues bezüglich der dringenden Zukunftsaufgaben. Die Nennung dieser Liste würde bedeuten, dass eher eine Personalaufstockung als eine Personalreduzierung vonnöten sei. Herr Roscher bezieht sich auf die Aussage, dass es zwischen der Bürgermeisterin und Frau Ehrenberg Konflikte gebe. Herr Roscher informiert, dass vor einiger Zeit der Beigeordnete Herr Dr. Stegelmann abgewählt worden sei, weil die Führungsebene nicht entsprechend harmonisiert habe. Wenn es jetzt diese Personalkonflikte zwischen Frau Ehrenberg und der von der Bevölkerung gewählten Bürgermeisterin gebe, dann wäre neben den anderen Argumenten, ansich der Schluss zu ziehen, auf keinen Fall Frau Ehrenberg wiederzuwählen.

Wenn man von Bestenauslese spreche, müsse man auch ein AssessmentCenter-Verfahren durchführen. Herr Roscher bezieht sich auf Punkt 2 der Beschlussregelung der CDU- und FDP-Fraktion. Dieser würde bedeuten, dass man dann, wenn Herr Lütkeemeier ausscheiden würde, ggf. auf die Struktur, die der Verwaltungsvorstand jetzt vorschläge, eingehen werde. Die SPD-Fraktion werde dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen.

Herr Reiske bezieht sich auf den Beschlussvorschlag der Verwaltung hält fest, dass in der Zeit, bis Herr Lütkeemeier ausscheidet, zunächst einmal im Verwaltungsvorstand geschaut werden solle, ob die Aufgaben so bewältigt werden könnten. Vor dem Hintergrund der Haushaltssituation wundere es Herrn Reiske, dass die CDU- und FDP-Fraktionen jetzt plötzlich sagten, dass man auf Personal nicht verzichten könne. Der Rat habe den Auftrag einer sparsamen Haushaltsführung. In der Strategie- und Finanzkommission sei festgelegt worden, dass man das Ziel habe, 10 Millionen Euro strukturell einzusparen. Jetzt habe man die Chance, genau so etwas zu tun. Vor einigen Jahren sei die Ebene der Fachbereichsleiter aufgestellt worden. Diese sei geeignet, an der Spitze auf Personal zu verzichten. Wenn die Verwaltung auf eine Stelle verzichten könne, sei es nicht

nachvollziehbar, wenn die Politik dieses nicht unterstütze. Herr Reiske bezieht sich auf die Aussage von Herrn Niehues bezüglich der Größe des Dezernates II. Insbesondere die Bereiche Soziales und Jugendhilfe seien Aufgaben die auf der operativen Ebene zu erledigen seien. Leitung habe damit sehr wenig zu tun. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN würden dem Verwaltungsvorschlag zustimmen.

Herr Holtel berichtet aus dem Jahr 1994, als die erste Wahl von Frau Ehrenberg stattgefunden habe. Zu der Zeit habe der Verwaltungsvorstand aus dem hauptamtlichen Stadtdirektor und vier Dezernenten bestanden. Heute sehe die Besetzung deutlich anders aus. Die hauptamtliche Bürgermeisterin habe gegenüber dem früheren Stadtdirektor auch repräsentative Termine wahrzunehmen. Auch die Mitarbeit im Rat der Gemeinden Europas sei sehr zeitintensiv. Dass für die verbleibenden Dezernenten in dieser Ratsperiode neue, arbeitsintensive Aufgaben angefallen seien, sehe man z. B. im Dezernat I bei der Umsetzung des Konjunkturpaketes II und beim Kämmerer bei der Haushaltskonsolidierung. Weiterhin stehe in ca. zwei Jahren das planmäßige Ausscheiden des Kämmerers, Herr Lütke-meier, an. Aus all diesen Gründen und auch aus der Aufgabenstellung im Dezernat Jugend, Familie und Soziales sowie Schule, Kultur und Sport sei die FDP-Fraktion der Meinung, dass diese Stelle öffentlich neu ausgeschrieben werden müsse und nicht eingespart werden könne.

Herr Wilp erläutert, dass alle Vorschläge machbar seien. Der Rat müsse aber die Möglichkeit haben, wenn die Wiederwahl anstehe, das gesamte Spektrum zur Entscheidung zu stellen. Die Wiederwahl sei aber an Bedingungen geknüpft, auch an zeitliche. Die Wiederwahl solle im letzten halben Jahr der Beigeordnetentätigkeit erfolgen. Es sei ein Akt der Fairness der Stelleninhaberin gegenüber, in dieser Zeit eine Entscheidung zu treffen. Die Entscheidung, ob eingespart werde oder nicht, stehe einzig dem Rat zu. In allen anderen Entscheidungen sei es so gelaufen. Die Ausschreibung habe im zeitlichen Rahmen zu geschehen. Wenn man Frau Ehrenberg wieder wählen wolle und erwarten würde, dass sie die Wahl annehme, werde das Zeitfenster sehr eng. Die Frist der verpflichtenden Wiederwahl laufe zum 30. September 2010 ab. Daher müsse ein Ratsbeschluss her.

Herr Hermeling berichtet, das bisherige Verfahren sei völlig korrekt abgelaufen und rechtlich nicht zu beanstanden. Die Verwaltung habe am 4. 5. 2010 im HFA in einer Vorlage über die beabsichtigten personellen und organisatorischen Maßnahmen von grundsätzlicher Bedeutung berichtet und klar dargelegt, dass die Verwaltung diese Beigeordnetenstelle einsparen wolle. Darüber hinaus habe die Bürgermeisterin in der HFA – Sitzung am 8. 6. 2010 erklärt, dass sie keine Ratsvorlage zu dieser Frage fertigen werde. Soweit seitens der Ratfraktionen andere Vorstellungen hierzu bestünden, könnten selbstverständlich entsprechende Anträge zur Tagesordnung seitens der Ratsfraktionen gestellt werden, so dass die Angelegenheit dann dem Rat zur Entscheidung vorzulegen sei. Insofern habe seitens der Verwaltung zur heutigen Ratssitzung kein Handlungsbedarf bestanden. Die notwendigen Ratsbeschlüsse zur Stelleneinsparung und anschließenden Änderung der Hauptsatzung seien ein gesondertes Verfahren. Diese hätten im Rahmen der Stellenplanberatung für das Jahr 2011 gefasst werden können. Im Übrigen gebe es für die Wahl bzw. Wiederwahl von Beigeordneten grundsätzlich keine Fristen. Zu beachten sei jedoch, dass Beigeordnete verpflichtet seien, eine 1. und 2. Wiederwahl anzunehmen, wenn diese Entscheidung spätestens 3 Monate vor dem Ende der Amtszeit getroffen werde.

Herr Ortel macht deutlich, wie oft Herr Dr. Janning noch im Rathaus zu finden sei, seitdem er hier nicht mehr offiziell tätig sei. Man habe schon einmal die Erfahrung gemacht, dass die einfache Behauptung, man könne die Arbeit anders verteilen, in der Realität kaum machbar sei. Bisher werde nur dargestellt, der Verwaltungsvorstand habe es so beschlossen, und es sei nicht weiter inhaltlich gesondert im Rat oder Haupt- und Finanzausschuss diskutiert worden. Man hätte sich das Verfahren gut vorstellen können, wenn dieser Verwaltungsvorschlag 349/10/1 nach einer sachlichen Diskussion mehrheitlich abgelehnt worden wäre.

Herr Niehues hält fest, dass das Amt der Beigeordneten ein politisches Amt sei. Wenn man Veränderungen in der Dezernatsstruktur vornehmen wolle, dann brauche man dafür einen aktiven Ratsbeschluss. Dieses sei nicht im Ermessen der Bürgermeisterin. Den politischen Beschluss habe man hier nicht eingeholt. Wäre dieser Antrag nicht gestellt worden, gebe es heute nicht diese Diskussion. Herr Niehues unterstellt der Verwaltung, dass die Meinungsbildung zu diesem dreifachen Schritt nicht herbeigeführt worden sei. Die Vorlage im Mai sei aus seiner Sicht nicht als Personalentscheidung über eine Dezernatsstelle gekennzeichnet worden. Die Beschlusslage zu den Zeiten, als es um die Beigeordnetenstelle von Dr. Janning gegangen sei, sei anders gewesen. Der Bauhof und die Fachbereiche 6 und teilweise 5 seien in eine neue Struktur umgegliedert worden. Nur vor dem Hintergrund der neuen Struktur sei die Zusammenlegung der Aufgaben aus den damaligen Dezernaten I und III zu vertreten gewesen.

Herr Niehues stellt klar, dass sich die Verwaltung selbst in diese Situation der KW-Vermerke hineinmanövriert habe, weil sie dem Rat nicht rechtzeitig Informationen über die einzusparenden Stellen gegeben habe. Erst als der Ratsbeschluss gefasst worden sei, seien Stellen genannt worden, die dafür in Frage kämen. Die Option, 120.000 € einzusparen, habe man gegebenenfalls 2013 immer noch. Man könne dann überlegen, ob man die Stelle des Kämmerers einspare und formal den jetzigen Fachbereichsleiter zum Kämmerer mache; die eigentlichen Dezernatsfunktionen könnte dann die Bürgermeisterin übernehmen. Herr Niehues hält fest, dass es durchaus Einsparungspotentiale gebe, es sei fraglich, ob diese auch dann zur Sprache kommen würden, wenn es nicht um die Stelle von Frau Ehrenberg gehe.

Frau Dr. Kordfelder erklärt, im § 73 der Gemeindordnung sei geregelt, dass der Rat die Geschäftskreise der Beigeordneten im Einvernehmen mit dem Bürgermeister festlegen könne. Komme dieses Einvernehmen nicht zustande, könne der Rat den Geschäftskreis festlegen. Frau Dr. Kordfelder stellt klar, dass sie seit Anfang des Jahres versuche, ein solches Einvernehmen mit dem Rat hinzubekommen. Dieses sei in der Vorlage 227/10 des Haupt- und Finanzausschusses vom 4. Mai verschriftlicht.

Herr Kuhlmann bezieht sich auf die Aussage von Herrn Ortel und stellt klar, dass Herr Dr. Janning aus dem Dezernat I keinerlei Aufgaben mehr wahrnehme. Er habe nur in dem Projekt Rheine R eine Aufgabe, die er weiterführe. Es bestehe diesbezüglich ein Agreement mit der Stadtverwaltung, dass er bestimmte Kapazitäten des Hauses nutzen könne.

Herr Kohnen verdeutlicht, dass es keine Lösung sei, mal schnell 120.000 € einzusparen. Man könne Einsparungen in Fachbereichen nur dann erreichen, wenn jemand aus einer herausgehobenen Position Einsparpotenziale orte, Einsparungen durchsetze und Einsparungen so steuere, dass es nicht zu einer ungerechten Arbeitsverdichtung komme. Dies gelingt nicht, wenn man Fachbereichsleitungen

stärke, denn diese würden in erster Linie die Aufgabenerledigung in ihrem Fachbereich und nicht das Ganze sehen. Daher spreche man sich ganz deutlich weiterhin für einen Dezernenten für das Dezernat II aus.

Frau Dr. Kordfelder stellt klar, dass die Fachbereichsleiter auch immer das Große und Ganze sähen.

Herr Mau ergänzt, dass es noch nicht lange her sei, dass man dem Haushaltssicherungskonzept gerade noch von der Schippe gesprungen sei. Es gehe hier um 120.000 €. In 8 Jahren könne man mit Verzinsung über 1 Million € sparen. Die Ausschreibung werde auch noch einmal 20.000 € kosten. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN würden daher dem Beschluss der Verwaltung folgen.

Herr Mollen meldet sich zur Geschäftsordnung und fordert den Schluss der Debatte.

Herr Lütke-meier gibt eine Stellungnahme dazu, dass er sich gegenüber der CDU nicht geäußert habe. Er macht deutlich, dass er heute Morgen in der Zeitung die Aussage zu diesem Punkt gelesen habe. Er gibt an, dass er eigentlich nicht vor gehabt hätte, sich zu dieser Aussage hier zu äußern. Wenn dieser Tatbestand aber im Zusammenhang mit der jetzt zur Entscheidung anstehenden Thematik ausdrücklich noch einmal angesprochen werde, könne er dazu auch nicht länger schweigen. Herr Niehues oder sonst jemand aus der CDU-Fraktion habe mit ihm zu dieser Thematik bis heute kein Gespräch geführt. Herr Lütke-meier zitiert folgende Mail die er am 27. Mai von Herr Niehues erhalten habe:

„Ihre Ausführungen zur Neuordnung der Berufskollegs in Rheine in der letzten Ratssitzung sind von vielen Fraktionsmitgliedern nicht gerade als ‚Bewerbungsausführungen‘ für den Schulbereich aufgenommen worden.

In der Fraktion wird die Frage gestellt, inwieweit Sie persönlich überhaupt in die veröffentlichte Diskussion mit eingebunden sind. Um irgendwelchen Spekulationen vorzubeugen, bitte ich Sie, mir folgende Fragen zu beantworten:

- 1. Wurde die mögliche Neuordnung der Dezernate im Verwaltungsvorstand diskutiert und wurden Sie persönlich um Ihre Einstellung dazu befragt?*
- 2. Stimmen Sie dem von der Bürgermeisterin vorgeschlagenen Konzept zur Reduzierung der Dezernate zu? Bisher hatte ich den Eindruck, bei Ihnen und Herrn Kuhlmann, dass eher von einer sehr starken Belastung auszugehen ist.*
- 3. Stehen Sie für eine Teilübernahme des Fachbereiches 1 (Schule) und für eine zusätzliche Übernahme des Fachbereiches 2 (Jugend – Soziales) zur Verfügung? Diese Frage auch vor dem Hintergrund, dass Sie persönlich ja nur noch befristet im Rathaus tätig sind und auch weitere Fachpersonen ausscheiden?*

4. *Mit welcher inhaltlichen Ausgestaltung der beschriebenen zusätzlichen Aufgaben ist zu rechnen? Wie wollen Sie zum Beispiel auf die Herausforderungen der Neuordnung im Schulbereich bzw. der Sozialpolitik reagieren? Wie sind da Ihre Positionen?*

Es wäre schön, von Ihnen zu hören. Die Fraktion wird sich im Monat Juni abschließend mit dem Themenkomplex befassen. Da wäre Ihre Antwort sicherlich hilfreich.“

Herr Lütkemeier macht deutlich, dass er für sich persönlich den Duktus dieser Mail als unverschämt empfinde; allein aus diesem Grunde habe er darauf nicht reagiert. Im Übrigen sei er davon ausgegangen, dass er persönlich auf bestimmte Fragestellungen, auch nach dieser Mail, angesprochen werde, wenn sie denn für die Entscheidungsfindung von wesentlicher oder ausschlaggebender Bedeutung wären. Dieses sei nicht erfolgt. Daher habe er sich bis heute morgen bewusst mit niemandem über diese Mail ausgetauscht oder darüber informiert. Erst heute Mittag habe er die Bürgermeisterin hierüber in Kenntnis gesetzt. Herr Lütkemeier bittet ausdrücklich darum, diese Thematik hier nicht weiter zu erörtern, weil sie seines Erachtens der Sache nicht dienlich oder förderlich sei.

Frau Dr. Kordfelder lässt sodann über den Antrag der CDU- und FDP-Fraktionen abstimmen.

1. Der Rat der Stadt Rheine spricht sich für eine öffentliche Ausschreibung der Beigeordnetenstelle des Dezernates Jugend, Familie und Soziales, Schule, Kultur und Sport aus.
2. Die Stellenausschreibung soll zum frühestmöglichen Zeitpunkt innerhalb der Sommerferien erfolgen. Der Text der Stellenausschreibung soll eine Vorbehaltsklausel für eine mögliche Neustrukturierung des Dezernates erhalten.
3. Das Auswahlverfahren soll entsprechend den gesetzlichen Regelungen direkt nach der Sommerpause erfolgen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	24	Ja-Stimmen
	19	Nein-Stimmen
	1	Stimmenthaltung

Herr Niehues gibt nach der Abstimmung eine persönliche Erklärung ab. Er könne nicht erkennen warum sich Herr Lütkemeier nach einer solch freundlichen Mail brüskiert fühle. Wie müsse sich dann Frau Ehrenberg fühlen, die nach 15 ½ Jahren nicht mal ein Wort des Dankes für ihre Arbeit bei der Stadt Rheine bekommen habe.

Frau Dr. Kordfelder macht deutlich, dass jeder der bei der Stadtverwaltung nach der Amtszeit ausscheide, einen ehrenvollen Abschied bekomme. Dieses sei bei Dr. Janning auch gemacht worden.

Frau Helmes erklärt, dass sie es verstehen könne, dass Herr Lütkemeier betroffen sei, aber sie habe sich auch gefragt, was Frau Ehrenberg denke, die kein

Wort des Dankes bekommen habe. Soweit, um über einen ehrenvollen Abschied zu reden, sei man noch nicht.

Herr Mollen wünscht, dass die Äußerungen von Herrn Lütkemeier respektiert werden und bittet darum, dass keine weiteren Wortmeldungen hierzu ergriffen werden.

9. Einwohnerfragestunde

II – 1:19:20

Da es inzwischen 19:00 Uhr geworden ist, ruft Frau Dr. Kordfelder den o. g. Tagesordnungspunkt auf.

Es folgen keine Wortmeldungen.

10. EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH - Jahresabschluss 2009 a) Feststellung des Jahresabschlusses b) Ergebnisverwendung c) Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates Vorlage: 360/10

II – 1:19:58

Zu Buchstabe c des Beschlussvorschlages erklären sich die Mitglieder des Aufsichtsrates für befangen.

Herr Brauer übernimmt zur Abstimmung hierüber die Leitung der Ratssitzung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beauftragt die Vertreterin der Stadt Rheine in der Gesellschafterversammlung der EWG Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH, Frau Dr. Angelika Kordfelder, folgende Beschlüsse zu fassen:

- a) Der Jahresabschluss 2009, abschließend mit einer Bilanzsumme von 1.626.224,95 €, wird in der vorgelegten Form festgestellt.
- b) Der ausgewiesene Jahresfehlbetrag in Höhe von 638.480,15 € wird mit der Kapitalrücklage verrechnet, sodass zum 1. Januar 2010 eine Kapitalrücklage in Höhe von € 164.809,40 verbleibt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- c) Der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat werden für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 11. TaT Transferzentrum für angepasste Technologien GmbH
- Jahresabschluss 2009
a) Feststellung des Jahresabschlusses
b) Ergebnisverwendung
c) Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates
Vorlage: 361/10**

II – 1:22:26

Zu Buchstabe c des Beschlussvorschlages erklären sich die Mitglieder des Aufsichtsrates für befangen.

Frau Helmes übernimmt zur Abstimmung hierüber die Leitung der Ratssitzung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beauftragt die Vertreterin der Stadt Rheine in der Gesellschafterversammlung der TaT – Transferzentrum für angepasste Technologien GmbH, Frau Dr. Angelika Kordfelder, folgende Beschlüsse zu fassen:

- a) Der Jahresabschluss 2009, abschließend mit einer Bilanzsumme von 2.827.465,62 €, wird in der von der Steuerberatersozietät Winter & Rotert erstellten und geprüften Form festgestellt.
- b) Der ausgewiesene Jahresfehlbetrag in Höhe von € 2.279,09 wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- c) Der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 12. Beschlussfassung über den Jahresabschluss der Firma "Kulturelle Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH" für das Geschäftsjahr 2009
a) Feststellung des Jahresabschlusses
b) Ergebnisverwendung
c) Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates
Vorlage: 358/10**

II – 1:24:30

Zu Buchstabe c des Beschlussvorschlages erklären sich die Mitglieder des Aufsichtsrates für befangen.

Herr Brauer übernimmt zur Abstimmung hierüber die Leitung der Ratssitzung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beauftragt die Vertreterin der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Firma „Kulturelle Begegnungsstätte Kloster Bentlage gGmbH“, Frau Dr. Angelika Kordfelder, folgende Beschlüsse zu fassen:

- a) Der Jahresabschluss 2009, abschließend mit einer Bilanzsumme von 86.214,68 € , wird in der vorgelegten, vom Wirtschaftsprüfer Konermann, 48431 Rheine, geprüften Form festgestellt.
- b) Der Bilanzverlust des Vorjahres in Höhe von 2.396,11 € wird mit dem Jahresüberschuss 2009 in Höhe von 18.828,58 € verrechnet. Der verbleibende Überschuss des Jahres 2009 in Höhe von 16.432,47 € soll der zweckgebundenen Rücklage zugeführt werden

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- c) Dem Aufsichtsrat und der Geschäftsführung werden für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**13. Wohnungsgesellschaft der Stadt Rheine mbH
- Energetische Sanierung des Wohnungsbestandes
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.05.2010
Vorlage: 372/10**

II – 1:25:58

Herr Reiske dankt der Verwaltung und Herrn Hötker für die Aufarbeitung des Themas. Der Antrag sei im Rahmen der Haushaltsplanberatungen eingebracht worden. Es seien damit Hoffnungen verbunden worden, dass man mit erhöhtem Kapitaleinsatz zu einer schnelleren, energetischen Sanierung kommen könne. Die Stadt Rheine habe einen Wohnraum, der sehr alt und an vielen Stellen nicht mehr dafür geeignet sei, eine Sanierung durchzuführen. Insofern nehme man das hier zur Kenntnis. Herr Reiske macht deutlich, dass in der Vorlage gesagt worden sei, dass die Stadtverwaltung und Wohnungsgesellschaft in enger Kooperation mit den Stadtwerken in Zukunft daran arbeiten wollten, dass auch Modelle des Wärmecontractings und andere Möglichkeiten der Energieeinsparung mit geprüft würden. Dies sei der richtige Weg.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**14. Änderung des städtischen Wohnungsbauprogramms
Vorlage: 343/10**

II – 1:27:57

Frau Dr. Kordfelder verweist auf die Vorlage und berichtet, dass im Haupt- und Finanzausschuss einstimmig darüber entschieden wurde.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt folgende Änderungen des städtischen Wohnungsbauprogramms:

1. Die Aufnahme der redaktionellen Änderungen in die Förderrichtlinien des städtischen Wohnungsbauprogramms (Anlagen 1 + 2).
2. Die Aufhebung der Richtlinie zur Förderung besonderer Projekte (Anlage 3) und die Aufhebung der Richtlinie für die Vergabe von Aufwendungszuschüssen im Mietwohnungsbau (Anlage 4)

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**15. Neuregelung der Sperrzeit für Schank- und Speisewirtschaften
Vorlage: 265/10**

II – 1:28:29

Frau Dr. Kordfelder verweist auf die Vorlage 265/10 im Haupt- und Finanzausschuss und teilt mit, dass ein gemeinsamer Initiativantrag von der CDU- und FDP-Fraktion vorliege.

Herr Holtel berichtet, dass nach intensiven parteiinternen Diskussionen und einer gemeinsam organisierten Diskussionsveranstaltung mit 80 bis 90 Teilnehmern die CDU-Fraktion und FDP-Fraktion den vorliegenden Antrag eingebracht haben. Neben der Aufhebung der Sperrstunde zunächst auf Probe, stünden auch Sicherheit und Sauberkeit in der Innenstadt im Mittelpunkt des Antrages. Ausgehend von Zusagen vonseiten der Betreiber zur Sicherheit und Sauberkeit, deren Einhaltung verbindlich gemacht werden müsse, möchte die CDU- und FDP-Fraktion die Verwaltung beauftragen, mit den Akteuren in der Innenstadt gemeinsame Lösungsmöglichkeiten für Kneipen- und Discobesucher, Anwohner und Passanten zu finden. Die CDU- und FDP-Fraktion stellen folgenden Antrag:

1. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, unter welchen rechtlichen Bedingungen eine vorübergehende – zunächst auf 1 Jahr Probe begrenzte – Aufhebung der nächtlichen Sperrstunde möglich ist.
2. Eine derartige befristete Aufhebung der Sperrstunde soll mit zusätzlichen Sicherheits- und Sauberkeitsregelungen verbunden werden, die von den Betreibern entsprechender Discotheken bzw. von den Fast-Food-Ketten der Innenstadt zu finanzieren sind.

3. Es soll geprüft werden, ob und inwieweit über den nächtlichen Einsatz von städtischen Vollzugsbediensteten insgesamt mehr Sicherheit für die Innenstadt organisiert werden kann. Dabei geht es nicht nur um die jeweiligen Eingangsbereiche der Discotheken, sondern um ein breites Umfeld in der Innenstadt bis hin zur Ems. Für die zu erwartenden Kosten für das Sicherheitspersonal sollen die Betreiber der Discotheken eine entsprechende Abgabe leisten.
4. Die Sauberkeit in der Innenstadt wird durch die Restmengen der Erzeugnisse der Fast-Food-Betriebe stark negativ tangiert. Bei Aufhebung der Sperrstunde wird die Abfallentsorgung gegebenenfalls auf neue Strukturen umzustellen sein. Dadurch entstehende Mehrkosten sollen durch die Inhaber dieser Ketten mitfinanziert werden.
5. Die Verwaltung wird gebeten, bis zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses – nach den Sommerferien – entsprechende Gespräche mit den Beteiligten zu führen, um dem Rat dann das Ergebnis der Gespräche mit einem Verfahrensvorschlag vorzustellen.
6. Bei der Erteilung weiterer und neuer Konzessionen für Discotheken in Rheine ist auf die Verträglichkeit zum Wohnumfeld zu achten. Wir regen an, zukünftig Discotheken ggf. nur noch in Misch- und Gewerbegebieten zuzulassen.

Frau Dr. Kordfelder weist darauf hin, dass dem Rat 2 Eingaben vorlägen, die sich gegen den Vorschlag wenden würden. Eine Eingabe stamme von den Marktbeschickern aus Rheine (Anlage 1), die andere vom Handelsverein Rheine (Anlage 2).

Herr Mollen glaubt, dass durch den Initiativantrag versucht werde, eine Entscheidung an die Betreiber der Gastronomiebetriebe zurückzugeben, die in einer Bürgerversammlung gesagt hätten, sie wollten sich an dieser Kostenfinanzierung beteiligen. Dass das Personal bei der Stadt eingefordert werden solle, passe nicht zum Thema Stelleneinsparung und Haushaltskonsolidierung. Herr Mollen hat die große Befürchtung, dass bei Bekanntwerden der Zahlen vom Aufwand im Vergleich zum Nutzen der Initiativantrag zurückkommen werde, weil dann die Discothekenbetreiber merken würden, dass sie das nicht finanzieren könnten. Der SPD-Fraktion wäre es lieber gewesen, an dieser Stelle eine klare Entscheidung für oder gegen die Sperrstunde zu treffen.

Ein zweiter Aspekt sei, dass man sich innerhalb der Fraktion darauf verständigt habe, sich möglichst mit Anträgen und zusätzlichen Anforderungen an die Verwaltung zurückzuhalten. Man erzeuge eine Menge Arbeit in der Verwaltung, die ohnehin ausgelastet sei. Herr Mollen plädiert dazu, möglichst schnell eine Entscheidung herbeizuführen, aber diesen Prüfauftrag zurückzuziehen.

Herr Reiske erläutert, dass es sich lediglich um einen Prüfauftrag handele, der in verschiedene Richtungen gehe. Der Punkt 3 sei der entscheidende Punkt, indem auch geprüft werden solle, städtische Mitarbeiter in die Stadt zu schicken, was mehr Personal und Kosten für die Stadt bedeute. Keiner der Discotheken und Fast-Food-Ketten werde so viel Geld bereitstellen. Die Fraktion BÜNDIGS 90/DIE GRÜNEN wolle die Aufhebung der Sperrstunde. Man sehe das Schreiben der Dehoga vom 4. Juni 2010 als überzeugend an.

Herr Niehues bezieht sich auf die Aussage von Herrn Mollen, dass bei Anträgen der CDU- und FDP-Fraktion danach gefragt werde, wie viel Arbeit ein Antrag machen würde. Man habe eben einen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gehört, der in sich überflüssig gewesen sei, da die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der städtischen Wohnungsbaugesellschaft ein Aufsichtsratsmandat habe. Auf der Tagesordnung stehe auch noch ein Antrag für Fair Fair-Trade, der eigentlich nichts mit der Stadt Rheine zu tun habe. Dort tauche nicht die Frage der Arbeitsbelastung in der Verwaltung auf.

In der öffentlichen Veranstaltung habe man mit der FDP gemeinsam eine breite Diskussion geführt. Das Interesse sei groß gewesen, und es sei sehr deutlich geworden, dass es viele Probleme zu Nachtzeiten in der Innenstadt gebe, die nicht alleine mit der Problematik der Sperrzeit zusammenhängen würden. Die Verkehrssicherheit zu Nachtzeiten, z. B. an der Ems, habe mit den Öffnungszeiten der Discotheken nichts zu tun. Die Frage der Sauberkeit stelle sich generell und nicht nur im Zusammenhang mit der Sperrstunde. Es wäre zu begrüßen, wenn die Gespräche der Verwaltung mit den Akteuren helfen würden, vielleicht auch ein Teil dieses Problems mit zu lösen. Und wenn die Betreiber sagen würden, dass sie sich eine finanzielle Beteiligung an den Kosten sehr gut vorstellen könnten, solle man auch die Frage an die Betreiber stellen, was sie bereit seien, dafür zu zahlen. Dieses sei eine Verwaltungsaufgabe und keine politische.

Herr Ortel stellt klar, dass die Dehoga-Stellungnahme nur eine Aussage sei. Es gäbe hier aber viele Betroffene in dem Bereich. So stelle sich die Frage, ob die Stellungnahme des Sprechers der Marktbesucher gar nicht zähle. Hier gebe es eine ganz klare Ablehnung zur Aufhebung der Sperrstunde. Der Initiativantrag sei natürlich mit Arbeit für verschiedene Stellen der Verwaltung verbunden, aber es sei kein vorschneller Beschluss. Es gebe Gruppen in der Bevölkerung, die Nutznießer durch diese Veränderung seien, aber es gebe auch Leidtragende. Dies alles müsse abgewogen werden.

Herr Mollen merkt an, dass es sich bei der Sauberkeit, dem Lärm etc. um gesamtgesellschaftliche Probleme handele. Diese seien anzugehen und zu lösen, aber sie explizit an die Sperrstunde zu koppeln, sei falsch. Das alles dann auch noch von den Betreibern finanzieren zu lassen, welches nicht nur ein Problem der Matthiasstraße und der Innenstadt sei, sondern beispielsweise auch der Elter Straße, sei nicht richtig.

Herr Kuhlmann stellt klar, dass die Vorlage einen sehr abgewogenen Entscheidungsweg aufgezeigt habe. Man habe dies am großen Runden Tisch entschieden, an dem auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vertreten gewesen sei. Man habe genau diese Fragestellung zusammen mit der Polizei, der Dehoga und mit örtlichen Vertretern erörtert und auch im Gespräch bei der Sparkasse eine sehr gute Diskussion geführt. Man müsse aber beachten, was das Gesetz sage. Demnach ist eine Sperrzeitverlängerung nur dann machbar, wenn es ein öffentliches Bedürfnis gebe. Man könne sicherlich Forderungen aufstellen um mehr Sicherheit und Sauberkeit zu schaffen, ob das bei einer gerichtlichen Prüfung ausreiche, könne man nicht sagen. Herr Kuhlmann favorisiert es keinen Antrag zu stellen. Er halte es für eine gefährliche Diskussion, jetzt wieder das Thema „Sicherheit in der Innenstadt“ aufzugreifen. Die Situation sei dank der Discothekenbetreiber und deren privaten Sicherheitsdienste in den schwierigen Bereichen gut gelöst. Es gebe eine hervorragende Zusammenarbeit mit der Polizei; dieses habe Herr Künstler hervorragend aufgebaut, und Herr Kramer führe dieses weiter. Sollte jetzt eine Debatte losgetreten werde, die Innenstadt sei unsicher und unsauber,

habe man unter Umständen ein Problem. Herr Kuhlmann weist darauf hin, dass die Mitarbeiter der TBR jeden Tag am Wochenende um 04:45 Uhr anfangen, die Innenstadt zu reinigen. Außerdem informiert er, dass er auch Äußerungen von Nachbarn bekommen habe, die gegen die Sperrzeitverkürzung vorgehen wollten.

Frau Dr. Kordfelder lässt sodann über den Antrag zur Aufhebung der Sperrstunde von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

7	Ja-Stimmen
35	Nein-Stimmen
2	Stimmenthaltungen

Frau Dr. Kordfelder lässt anschließend über den Initiativantrag der CDU- und FDP-Fraktion abstimmen.

1. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, unter welchen rechtlichen Bedingungen eine vorübergehende – zunächst auf 1 Jahr Probe begrenzte - Aufhebung der nächtlichen Sperrstunde möglich ist.
2. Eine derartige befristete Aufhebung der Sperrstunde soll mit zusätzlichen Sicherheits- und Sauberkeitsregelungen verbunden werden, die von den Betreibern entsprechender Diskotheken bzw. von den Fast-Food-Ketten der Innenstadt zu finanzieren sind.
3. Es soll geprüft werden, ob und inwieweit über den nächtlichen Einsatz von städtischen Vollzugsdiensten insgesamt mehr Sicherheit für die Innenstadt organisiert werden kann. Dabei geht es nicht nur um die jeweiligen Eingangsbereiche der Diskotheken, sondern um ein breites Umfeld in der Innenstadt bis hin zur Ems. Für die zu erwartenden Kosten für das Sicherheitspersonal sollen die Betreiber der Diskotheken eine entsprechende Abgabe leisten.
4. Die Sauberkeit in der Innenstadt wird durch die Restmengen der Erzeugnisse der Fast-Food-Betriebe stark negativ tangiert. Bei Aufhebung der Sperrstunde wird die Abfall-Entsorgung ggf. auf neue Strukturen umzustellen sein. Dadurch entstehende Mehrkosten sollen durch die Inhaber dieser Ketten mit finanziert werden.
5. Die Verwaltung wird gebeten, bis zur nächsten Sitzung des HFA – nach den Sommerferien – entsprechende Gespräche mit den Beteiligten zu führen, um dem Rat dann das Ergebnis der Gespräche mit einem Verfahrensvorschlag vorzustellen.
6. Bei der Erteilung weiteren und neuen Konzessionen für Diskotheken in Rheine ist auf die Verträglichkeit zum Wohnumfeld zu achten. Wir regen an, zukünftig Diskotheken ggf. nur noch in Misch- und Gewerbegebieten zuzulassen.

Abstimmungsergebnis:

24	Ja-Stimmen
20	Nein-Stimmen

**16. 2. Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Rheine über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen im Gebiet der Stadt Rheine vom 28. November 2006
Vorlage: 312/10**

II – 1:57:52

Herr Reiske hält fest, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Vorlage stimmen werde, weil man gegen einen verkaufsoffenen Sonntag im Advent sei.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt auf Empfehlung des Haupt- und Finanzausschusses die 2. Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung der Stadt Rheine über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen im Gebiet der Stadt Rheine vom 28. November 2006.

Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen
 7 Nein-Stimmen
 7 Stimmenthaltungen

**17. Bericht zur Umsetzung des Frauenförderplanes der Stadt Rheine im Jahr 2009
Vorlage: 357/10**

II – 1:58:45

Frau Dr. Kordfelder verweist zum Bericht zur Umsetzung des Frauenförderplanes in 2009 auf die Vorlage und schlägt vor die Stellungnahme von Frau Hoelzel im nächsten Tagesordnungspunkt zu hören.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine nimmt den Bericht zur Umsetzung des Frauenförderplanes der Stadt Rheine im Jahr 2009 zur Kenntnis.

**18. Fortführung des Frauenförderplans der Stadt Rheine für die Jahre 2010 - 2012
Vorlage: 350/10**

II – 1:59:38

Frau Hoelzel gibt eine Stellungnahme zum Frauenförderplan für die Jahre 2010 – 2012 und zur Umsetzung des Frauenförderplanes 2009 ab (Anlage 3).

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt die als Anlage beigefügte Novellierung des Frauenförderplanes der Stadt Rheine für die Jahre 2010 - 2012.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**19. Integriertes Entwicklungs- und Handlungskonzept (IEHK) Rheine 2020
2. Sachstandsbericht zu den Leitprojekten
Vorlage: 340/10**

II – 2:07:42

Frau Dr. Kordfelder informiert, dass mit dieser Vorlage der Umsetzungsstand des Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzeptes Rheine 2020 zur Kenntnis gegeben werde. Die Details könne man der Synopse entnehmen. Als Besonderheit sei aufgeführt, dass das Leitprojekt 7 inzwischen durch das Inkrafttreten des Kinderbildungsgesetzes im August 2008 gesetzlich verankert sei und deswegen nicht mehr in dieser Zusammenstellung entsprechend beachtet werden solle. Frau Dr. Kordfelder weist auf die Priorisierung I und II hin. Der Synopse könne man auch entnehmen, dass die federführenden Bereiche natürlich im Sinne des Querschnittsblickes mit den anderen Fachbereichen, mit ausgelagerten Bereichen, mit der Bürgermeisterin und mit Sonderbereichen zusammenarbeiten würden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine nimmt den 2. Sachstandsbericht zum Integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzept (IEHK) Rheine 2020 zur Kenntnis.

**20. Millennium-Erklärung der Stadt Rheine
- Rheine als "Fair-Trade-Town" - Antrag der Grünen
Vorlage: 365/10**

II – 2:09:45

Frau Dr. Kordfelder erklärt, dass die Vorlage sich an den Antrag zum Thema Fair-Trade-Town der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN anlehne, der zunächst zurückgestellt worden sei. Hier gebe es einen Beschlussvorschlag, der auf eine Mustererklärung gründe, die durch den Rat der Gemeinden Europas und die drei kommunalen Spitzenverbänden verfasst worden sei. Die Intension mache deutlich, dass die Stadt Rheine sich den Millenniumszielen einer besseren, gerechteren und sicheren Welt anschließe. Man versuche, alles in den Möglichkeiten Stehende zu tun, um diese Ziele auch hier vor Ort umzusetzen. Insofern habe sie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Vorschlag unterbreitet, den Antrag „Rheine als Fair-Trade-Town“ unter die Millenniums-Erklärung zu subsumieren.

Herr Reiske begrüßt es sehr, dass es nach Beschlussfassung eine Rahmenerklärung gebe. Ein Ziel sei es, dass fair gehandelte Produkte in Zukunft weiter in Rheine Raum greifen würden.

Beschluss:

Aufgrund des Antrages der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Grünen Jugend vom 23. November 2009 fasst der Rat der Stadt Rheine folgenden Beschluss:

Die Stadt Rheine

- **begrüßt** die von den Vereinten Nationen im Jahre 2000 verabschiedeten Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals MDGs) für eine bessere, gerechtere und sicherere Welt,
- **betont**, dass sich die Verpflichtungen aus der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen zwar in erster Linie an die Regierungen der 189 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen richten, die die Erklärung unterschrieben haben,
- **äußert** aber gleichwohl ihren Willen, im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele mitzuwirken, etwa durch Maßnahmen
 - der Information und Bewusstseinsbildung
 - der Vernetzung und Konzentration von Aktivitäten
 - zur Förderung einer global denkenden und in diesem Sinne Verantwortung übernehmenden Kommunalpolitik
 - zur Unterstützung der Kommunen in den Ländern des Südens
- **ist der Überzeugung**, dass das kommunale Engagement im Rahmen der Millenniums-Entwicklungsziele auch dazu beitragen kann, der wachsenden Armutswanderung nach Europa entgegenzuwirken
- **fordert** die Bundesregierung auf, den Willen der Kommunen, ihren Beitrag zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele zu leisten, anzuerkennen und sie stärker als Akteure der Entwicklungszusammenarbeit zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**21. Entwurf des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2007
Vorlage: 374/10**

II – 2:12:17

Herr Lütke-meier berichtet über den Jahresabschluss der Stadt Rheine für 2007 anhand der als Anlage 4 beigefügten Präsentation.

Herr Niehues bedankt sich bei Herrn Lütke-meier für die Information und erklärt, dass man mit dieser Information im Hintergrund verstehe, warum bei der Aufstellung des Plans 2010/2011 bestimmte Transferleistungen in Richtung Sparkasse und Stadtwerke vollzogen würden.

Herr Lütkemeier macht deutlich, dass im Jahresabschluss 2007 noch ein Bestand in der Ausgleichsrücklage von 5,3 Millionen Euro vorhanden sei. Er hält fest, dass er zwischendurch, als es um andere Informationen gegangen sei, diese Tendenz erläutert habe. Der Jahresabschluss 2008 sei momentan in der Bearbeitung. Man könne dort jetzt erkennen, dass dafür auch ein Griff in die Ausgleichsrücklage gemacht werden müsse. Er hoffe aber nicht in dieser Größenordnung, sodass noch etwas zum Jahresausgleich für 2009 bleibe. Er habe aber auch darüber informiert, wie der Jahresabschluss 2009 wegen der drastischen Einbrüche auf der Steuerertragsseite voraussichtlich aussehen werde. Dort helfe die Ausgleichsrücklage auch, aber die Dramatik zum Thema Haushaltssicherungskonzept im Jahresabschluss 2009 sei nach wie vor in diesem Punkt gegeben. Insofern seien die Transferleistungen mit der Sparkasse und den Stadtwerken unverzichtbar gewesen.

Beschluss:

Der Rat nimmt den Entwurf des Jahresabschlusses 2007 zur Kenntnis und leitet ihn an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung weiter.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

22. Übersicht über die Ermächtigungsübertragungen für das Jahr 2009
Vorlage: 242/10/1

II – 02: 34: 45

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die Ermächtigungsübertragungen aus dem Jahr 2009 und den Nachtrag für das Jahr 2008 zur Kenntnis.

23. Übersicht über die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen in 2009
Vorlage: 282/10

II – 2: 35: 08

Beschluss:

Der Rat nimmt die Übersicht über die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für 2009 zur Kenntnis.

24. **19. Änderung des Bebauungsplanes Nr.10 g,
Kennwort: "Westliche Innenstadt", der Stadt Rheine
II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"
III. Änderungsbeschluss gemäß § 4 a Abs. 3 BauG
IV. Satzungsbeschluss nebst Begründung
Vorlage: 183/10**

II – 2.35:50

Herr Dewenter berichtet, dass die Änderung sehr intensiv im Stadtentwicklungsausschuss beraten und im Ergebnis einstimmig empfohlen worden sei.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine fasst folgende Beschlüsse:

II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt"

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Empfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt" zu den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 1 (s. Vorlage Nr. 003/10) und § 3 Abs. 2 BauGB sowie § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB sowie § 13 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 BauGB (s. Vorlage Nr. 003/10) billigend zur Kenntnis und beschließt diese. Er nimmt hiermit – zum allein maßgebenden Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses – die vollständige Erfassung, Bewertung und gerechte Abwägung aller von der Planung betroffenen Belange vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

III. Änderungsbeschluss gemäß § 4 a Abs. 3 BauGB

Gemäß § 4 a Abs. 3 Satz 4 BauGB wird festgestellt, dass

- a) durch die Umwandlung der Festsetzung „Arkade“ in „Überbauung“ für einen Teil des Baufeldes auf der Ostseite der Matthiasstraße die Grundzüge der Planung nicht berührt werden,
- b) die Öffentlichkeit durch diese marginale Korrektur nicht betroffen wird, sowie
- c) die Interessen anderweitiger Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durch diese Änderung nicht berührt werden bzw. der Änderungsinhalt mit den Trägern abgestimmt worden ist.

Der Rat der Stadt Rheine beschließt die unter Punkt a) beschriebene Änderung des Entwurfes der Bebauungsplanänderung nach den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB (Öffentlichkeit) und § 4 Abs. 2 BauGB (Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange).

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Stimmenthaltung

IV. Satzungsbeschluss nebst Begründung

Gemäß der §§ 8 und 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juni 2009 (GV. NRW S. 30 18) wird die 19. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 10 g, Kennwort: "Westliche Innenstadt", der Stadt Rheine als Satzung und die Begründung hierzu beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

25. **9. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 208,
Kennwort: "Bürgerzentrum", der Stadt Rheine**
**II. Beschluss über die Abwägungsempf. des Stadtentwick-
lungsausschusses "Planung und Umwelt"**
III. Satzungsbeschluss nebst Begründung
Vorlage: 237/10

II – 2:37:04

Beschluss:

Der Rat der Stadt Rheine fasst folgende Beschlüsse:

II. Beschluss über die Abwägungsempfehlungen des Stadtentwick- lungsausschusses "Planung und Umwelt"

Der Rat der Stadt Rheine nimmt die Empfehlungen des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt" zu den Beteiligungen gemäß § 3 Abs. 1 (s. Vorlage Nr. 203/10) und § 3 Abs. 2 BauGB sowie § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB sowie § 13 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 BauGB/s. Vorlage Nr. 203/10) billigend zur Kenntnis und beschließt diese. Er nimmt hiermit – zum allein maßgebenden Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses – die vollständige Erfassung, Bewertung und gerechte Abwägung aller von der Planung betroffenen Belange vor.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 2 Stimmenthaltung

III. Satzungsbeschluss nebst Begründung

Gemäß der §§ 1 Abs. 8 und 10 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316) sowie der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30. Juni 2009 (GV. NRW S. 30 18) wird die 9. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 208, Kennwort: "Bürgerzentrum", der Stadt Rheine als Satzung und die Begründung hierzu beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 42 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme

26. Widmung von Straßen
Vorlage: 324/10

II – 2:37:53

Beschluss:

Folgende Straßen werden gemäß § 6 Abs. 1 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen vom 23. September 1995 (StrWG NW – GV NW. S.1038, Ber. in GV NW. 2003 S. 766) für den öffentlichen Verkehr gewidmet:

1. **Wieckstraße** einschließlich Stichweg und **Nadigstraße** 21 bis 31 und Fußweg zwischen Wieckstraße und Grünanlage
2. **Königseschstraße** einschließlich Stichweg, von Hünenborgstraße bis Bahnüberführung
3. **Sandhövelstraße** von Elter Straße bis zur Grenze des Bebauungsplanes Nr. T 2 einschließlich Stichwege (Flurstücke 302, 377, 316, 374, 370, 422, 421, 162 + 15)
4. Baugebiet Wadelheim-Ost/Sassestraße
 - a) **Landersumer Weg** von Sassestraße bis Rabinstraße
 - b) **Rabinstraße**
 - c) **Schweitzerstraße**
 - d) **Karweg** von Schweitzerstraße bis Landersumer Weg einschließlich Stichweg
und alle im Baugebiet hergestellten Fuß- und Radwege
5. **Breite Straße** von Am Waldhof bis Zeppelinstraße
6. **Am Hilgenfeld** von Bauerschaftsstraße bis Hessenweg
7. **An den Kleingärten I** von An den Kleingärten 27/30 bis An den Kleingärten 55/Am Hilgenfeld 29
8. **Lindvennweg** von Rheiner Straße bis Thiestraße
9. **Sonnenstraße**, östlicher Stichweg und 2 Fuß- und Radwege

Die Straßen erhalten die Eigenschaft von Gemeindestraßen nach § 3 Abs. 1.3 des Straßen- und Wegegesetzes. Träger der Straßenbaulast ist gemäß § 47 des Straßen- und Wegegesetzes die Stadt Rheine. Die Übersichtspläne sind Bestandteil dieser Widmungsverfügung. Die als Fußweg bzw. Fuß- und Radweg dargestellten Flächen werden nur für den öffentlichen Fußgängerverkehr bzw. Fußgänger- und Radfahrerverkehr gewidmet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

27. Anfragen und Anregungen

II – 2:38:42

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Ende des öffentlichen Teils: 20:50 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Julia Kersting
Schriftführerin